Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 626.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33. Donnerstag, den 8. Februar 1917. 24. Jahrg.

Hilfsdienstgesetz und Arbeiterausschüsse.

Von Paul Umbreit.

Die Arbeiterschaft hat den Arbeiterausschüssen bisher wenig Beachtung geschenkt, denn sie waren nicht die Arbeitervertretung auf die man sich in Fällen, wo das Interesse der Arbeiter dem des Arbeitgebers entgegengesetzt war, verlassen konnte. Sie waren in ihrer Einrichtung, ihren Befugnissen und ihrem Schicksal völlig von der Gnade des Arbeitgebers abhängig. Eine Sicherung ihrer Existenz fehlte völlig; ihr rechtliches Dasein beschränkte sich darauf, daß sie den Erlaß von Arbeitsordnungsbestimmungen über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung von Wohlfahrtseinrichtungen und über das Verhalten minderjähriger Arbeiter außerhalb des Betriebes von ihrer Zustimmung abhängig machen konnten, und daß der Arbeitgeber vor Erlaß der Arbeitsordnung anstatt der Arbeiter des Betriebes den Ausschuß hören konnte, ohne an dessen Zustimmung gebunden zu sein. Als ständige Arbeiterausschüsse genügten solche, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den großjährigen Arbeitern des Betriebes aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt waren. Der Unternehmer konnte also eine Minderzahl von Ausschußmitgliedern ernennen; er konnte ferner willkürlich die Befugnisse des Ausschusses regeln, ihn zu Sitzungen einberufen oder nicht einberufen und seine Meinungsäußerungen anhören oder nicht anhören, wie es ihm paßte, auch den Ausschuß einschlafen lassen oder auflösen, die Mitglieder hinausekeln, maßregeln und entlassen nach eigenem Gutdünken. Niemand hatte ihm da etwas hineinzureden. Es begreift sich leicht, daß die Arbeiter keine große Neigung hatten, diesen Ausschüssen die Vertretung ihrer Interessen in den Betrieben anzuvertrauen, zumal die gewerkschaftliche Organisation bald andere Mittel gefunden hat, die diesen Zweck viel wirksamer erreichen ließen.

Das Hilfsdienstgesetz hat die Rechtstellung der Arbeiterausschüsse in einer Weise verbessert, die sie zu wichtigen Positionen der Arbeiterschaft im Betriebe macht. Es verlangt die obligatorische Errichtung von Arbeiterausschüssen in allen dem Hilfsdienst unterstehenden Betrieben mit mindestens 50 Arbeitern, für die der Titel VII der Gewerbeordnung gilt. Dazu gehören die Betriebe der Industrie und des Gewerbes, des Handels und Verkehrs, des Bergbaues, der Binnenschiffahrt, des Versicherungsgewerbes und der Gast- und Schankwirtschaft, soweit sie für den vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden. Hinsichtlich der Arbeiter kennt das Gesetz keinen Unterschied des Geschlechts; die Arbeiterinnen sind in die Mindestzahl von 50 Arbeitern einzurechnen. Für die Angestellten sollen dagegen besondere Angestellten-Ausschüsse gewählt werden; die Voraussetzungen sind die gleichen, wie bei den Arbeiterausschüssen.

Für die Rechtstellung der Arbeiterausschüsse kommen neben dem Errichtungszwang vor allem die Befugnisse, das Betätigungsrecht, der Schutz gegen Vergewaltigung und das Wahlrecht in Frage. In allen diesen Punkten ist das Hilfsdienstgesetz den Wünschen der Arbeiter nach unabhängigen Arbeitervertretungen weit entgegengekommen.

Was zunächst die Aufgaben betrifft, so hat es den Arbeiter- bezw. Angestelltenausschüssen neben dem für die möglichst friedliche Durchführung des Hilfsdienstes begreiflichen guten Einvernehmen im Betriebe zwischen den Arbeitern und dem Arbeitgeber das Recht verliehen, Anträge Wünsche und Beschwerden der Arbeiter über Betriebseinrichtungen, sowie Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie Wohlfahrtseinrichtungen, mit eigener Meinungsäußerung zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen. Es hängt also nicht mehr vom Arbeitgeber oder der Betriebsleitung ab, ob sie solche Kundgebungen des Arbeiterausschusses entgegennehmen wollen oder nicht. Der Arbeitgeber kann auch das Zusammentreten des Arbeiterausschusses nicht mehr hindern, denn wenn ein Viertel seiner Mitglieder eine Sitzung verlangt, muß eine solche anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es liegt also völlig in der Hand des Arbeiterausschusses, zu bestimmen, wenn und was er beraten will.

Dazu kommt das weitere Recht der Vermittlung bei Streitigkeiten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitern und der Betriebsleitung, in welchen Fällen der Ausschuß als Anwalt der Arbeiter fungiert. Dabei kann es sich um Differenzen einzelner Arbeiter, wie auch um solche ganzer Arbeitergruppen handeln, auch die Art der Streitfälle ist nicht begrenzt. Bei einzelnen Arbeitern kommt meistens die Abstellung seiner persönlichen Beschwerden, sei es über zu niedrigen Lohn, unzusagende Beschäftigung und dergl., oder der Austritt aus dem Betriebe in Betracht, der von der Erteilung eines Entlassungsscheines abhängig gemacht ist. Kommt eine Einigung über die Beschwerden des Arbeiters nicht zustande und verweigert der Arbeitgeber dem Betreffenden die Erteilung des Entlassungsscheines, so hat der Schlichtungsausschuß nach § 9 Abs. 2 des Hilfsdienstgesetzes zu entscheiden. Bleibt der Arbeitgeber der Verhandlung des Schlichtungsausschusses fern oder unterwirft er sich dessen Schiedsspruch nicht, so erteilt der Schlichtungsausschuß dem Arbeiter den Schein zum Verlassen des Betriebes. Bei Gruppenstreitigkeiten wird es sich meist um Teuerungszulagen, Betriebseinrichtungen, Materiallieferung, Arbeitsmethoden und um die Behandlung der Arbeiter durch Vorgesetzte handeln. Bringt der Arbeiterausschuß in solchen Fällen keine Einigung zustande, so fällt der vorerwähnte Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, sofern nicht im Einverständnis beider Teile das Gewerbe-, Kaufmanns- oder Berggewerbegericht oder Innungsschiedsgericht angerufen wird. Fügt sich der Arbeitgeber diesem Schiedsspruch nicht, so erhalten die Arbeiter das Recht, den Betrieb zu verlassen, also die Arbeit einzustellen. Fügen sich die Arbeiter nicht, so müssen sie auf die Bescheinigung, die sie zum Verlassen der Betriebes berechtigt, verzichten. Sie dürfen natürlich auch ohne den Abkehrschein streiken, aber kein anderer Arbeitgeber darf sie ohne diesen Schein in Arbeit nehmen.

So sind also die Arbeiterausschüsse im Schlichtungssystem des Hilfsdienstgesetzes die erste Instanz geworden, die alle Streitigkeiten in solchen Betrieben, in denen Ausschüsse bestehen, durchlaufen müssen. Das gilt auch für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung.

Den Schutz der Arbeiterausschüsse gegen Vergewaltigung enthält nicht das Hilfsdienstgesetz selbst, wohl aber die Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes. Danach ist es den Arbeitgebern untersagt, die Arbeiter oder Angestellten ihres Betriebes in der Ausübung des Wahlrechts bei den Wahlen zu solchen Ausschüssen oder in der Uebernahme oder Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines solchen Ausschusses zu beschränken oder sie wegen der Uebernahme oder der Art der Ausübung zu benachteiligen. Zuwiderhandlung wird mit 300 Mark Geldstrafe oder mit Haft bedroht. Damit ist hoffentlich den Gelüsten mancher Arbeitgeber, die sich als Herr im Hause gebärden und dem Arbeiterausschuß oder den Arbeitern den Anspruch auf eine eigene Meinung übel entgelten lassen möchten, ein Riegel vorgeschoben.

Was endlich das Wahlrecht anbelangt, so steuert das Gesetz zunächst den Gepflogenheiten, einen Teil der Ausschußmitglieder zu ernennen. Der Arbeiterausschuß soll das volle Vertrauen seiner Mitarbeiter besitzen und nur diese allein vertreten. Deshalb sind alle seine Mitglieder von den volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl zu wählen. Auch weibliche Arbeiter und Angestellte sind wahlberechtigt und wählbar; nur ist es nicht statthaft, besondere weibliche Ausschüsse wählen zu lassen, weshalb den Arbeiterinnen der Anspruch, in den Arbeiterausschüssen ihrer Zahl entsprechend, gebührend vertreten zu sein, nicht versagt werden kann. Die Wahl selbst soll nach den Grundsätzen der Verhältniswahlen stattfinden; damit ist auch den Minderheiten eine Vertretung im Ausschuß gesichert. Da diese Minderheiten auch zu den von den Arbeitgebern unterhaltenen sogenannten Wirtschaftsfriedlichen Organisationen (gelbe Werkvereine, vaterländische Arbeitervereine und dergleichen) gehören können, so erwächst den unabhängigen Arbeitern um so mehr die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Unabhängigkeit des Arbeiterausschusses vom Arbeitgeber durch die Wahl möglichst vieler gewerkschaftlich organisierter und unbedingt zuverlässiger Mitarbeiter gesichert wird.

Nach alledem ist die Bedeutung der Arbeiterausschüsse nicht mehr wie früher gering zu schätzen, sondern sie sind als eine wichtige Position für die Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Arbeiterschaft in Betriebe zu erachten, die man den Gegnern nicht leichtfertig überlassen darf. Nur eine möglichst vollzählige Anteilnahme der Arbeiter an den Arbeiterausschuß-Wahlen sichert uns davor, daß die Gelben in diesen Ausschüssen neue Stützpunkte gewinnen, und nur eine solche starke Wahlbeteiligung macht die Arbeiterausschüsse zu einem Organ der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes, als welches sie sich am ehesten Achtung und Einfluß zu verschaffen vermögen.

Wilson und der verschärfte U-Boot-Krieg.

Wie wir gestern bereits betonten, steht ein großer Teil des amerikanischen Volkes nicht hinter Wilson. Das geht auch aus den neuesten Londoner Blättern hervor. Einige Beispiele mögen das zeigen: Der amerikanische antimilitaristische Bund, dem viele hervorragende Männer angehören, sandte eine Depesche an Wilson, in der es heißt: Er möge die Lage einer besonnenen, unvoreingenommenen Erwägung unterziehen, ehe er unwiderrufliche Beschlüsse fasse. Der Bund wünsche, daß Wilson noch einmal und jetzt persönlich jedem einzelnen der kriegführenden Staaten seine guten Dienste zur Beendigung des Krieges anbieten solle. Das Telegramm weist darauf hin, daß die Auslassungen einer erregten Presse keineswegs die Stimmung des amerikanischen Volkes wiedergeben und daß das amerikanische Volk ihn, Wilson, bei der Wahl unterstützt habe, hauptsächlich um ihn in die Lage zu versetzen, das Land mit allen Mitteln davor zu bewahren, in der letzten Stunde sich noch schmählicher Weise in den fremden Konflikt um die Weltherrschaft verwickelt zu sehen. Dieses Telegramm ist von 20 führenden Männern unterschrieben; es schließt: Jeder, der mit dieser Kundgebung einverstanden ist, soll an Wilson selbst sofort seine Zustimmung telegraphieren. — Der amerikanische Ausschuß für eine neutrale Konferenz veröffentlicht einen ähnlichen Warnruf und hat eine Versammlung einberufen, in der Bryan die Frage behandeln wird, ob Amerika sich in den Krieg hineinziehen lassen müsse. — Im Westen fanden eine Reihe Protestversammlungen gegen Wilson statt, in denen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland als ungerechtfertigt erklärt wurde. Auch in Neuyork fand in der Nacht zum Dienstag eine große Friedensversammlung statt.

Natürlich ändert das an dem Ernst der Lage so gut wie nichts. Man muß leider damit rechnen, daß, sobald nach Meinung Wilsons der Kriegsfall gegeben ist, auch die Kriegserklärung an Deutschland erfolgt. Denn Wilson hat die Parlamente fast aller Staaten des Landes hinter sich, wie aus deren Beschlüssen hervorgeht.

Ueber Wilsons Kriegspläne veröffentlicht die „Morningpost“ in Washingtoner Telegrammen folgende Informationen:

Die Grenzen der militärischen Hilfen, welche die Vereinigten Staaten der Entente im Falle des Ausbruches eines Krieges zwischen Amerika und Deutschland bieten werden, sind vom Präsidenten Wilson nach Vereinbarung mit den Kriegs- und Marineministern so gut wie festgelegt. Die Unterstützung Amerikas wird sich vorläufig wenigstens ausschließlich auf maritimes Gebiet erstrecken, da man in Washington einsieht, daß es Amerika unmöglich ist, vor Ablauf einer Reihe von Monaten ein Expeditionsheer nach dem europäischen Kriegsschauplatze zu entsenden. Amerika wird den Ueberwachungsdienst in den nördlichen und südlichen Teilen des Atlantischen Ozeans auf sich nehmen und so dafür Sorge tragen, daß die an die amerikanischen Hoheitsgewässer grenzenden Teile des Meeres frei von Kaperschiffen und U-Booten bleiben.

In systematischer Weise werden die Vorbereitungsarbeiten fortgesetzt. Der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentantenhauses für Marineangelegenheiten brachte drei Anträge für das Kriegsbudget ein, in denen die Regierung zur Ausgabe von dreiprozentigen, nach fünf Jahren einlösbaren Obligationen zur Deckung der Kosten für die rasche Lieferung von Schiffen, darunter von U-Booten und Torpedojägern, ermächtigt wird. Außerdem wird verlangt, daß Wilson ermächtigt werde, Schiffe, Maschinen und Arbeiter zu requirieren. — Der Kriegssekretär ordnete an, daß alle Vorräte bis zur Grenze der vorhandenen Kredite angekauft werden. Alle drahtlosen Stationen befinden sich jetzt unter militärischer Zensur; letztere ist auch für den Draht- und Presse-Verkehr beschlossen worden.

Der große Maulheld Roosevelt macht natürlich jetzt auch wieder von sich reden. Er erklärte dem Kriegsminister, daß, wenn der Krieg erklärt sei, er sich mit seinen vier Söhnen stellen und die Ermächtigung verlangen werde, eine Division zu bilden. Präsident Wilson dankte Roosevelt für sein Anerbieten.

Wie weiter gemeldet wird, hatte Wilson die Absicht, wenn eine weitere Anzahl Neutraler die Beziehungen zu Deutschland abbrechen, einen Bund der Neutralen zu gründen, um gemeinsam vorzugehen. Aus dieser Absicht dürfte jedoch nichts werden. Bis jetzt hat nur Brasilien sich mit Wilson einverstanden erklärt. Der Minister des Auswärtigen in Rio de Janeiro, Lauro Müller, erklärte, daß die Stunde für Brasilien jetzt geschlagen hätte, um sich mit Wilsons Haltung einverstanden zu erklären. Zwar hätten die Vereinigten Staaten größere und tatsächlichere Interessen an dem europäischen Kriege als Brasilien; aber auch die Interessen Südamerikas seien groß und niemand dürfe unter den heutigen Umständen versäumen, das Seinige zu tun, um eine Wiederholung des jetzigen Krieges unmöglich zu machen. Südamerika müsse fest entschlossen sein, aber auch zugleich mit großer Vorsicht jeden Schritt erwägen.

Die übrigen Neutralen werden größtenteils wohl kaum mitmachen. Anscheinend sind sich die Mittelmächte auch hierüber klar gewesen, wenn folgende Wiener Meldung zutrifft: In den Beratungen des Grafen Tisza mit seinen Parteigenossen machte er die Mitteilung, daß noch vor Absendung der letzten deutschen Note von den Zentralmächten mit den neutralen Staaten Europas Fühlung genommen wurde, daß man also auf Grund dieser Fühlungnahme als sicher annehmen könne, daß die europäischen Neutralen keine kriegerische Aktion gegen die Zentralmächte unternehmen werden.

Im übrigen liegen bereits einige Meldungen über die Antwort von Neutralen an Wilson vor.

Der schweizerische Bundesrat hat dem Präsidenten Wilson auf sein Ersuchen, dem Beispiel Amerikas zu folgen, und die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland gleichfalls abzubrechen, geantwortet, daß die Schweiz unbedingt neutral bleibe. Damit hat die Schweiz die Einladung Wilsons glatt abgelehnt.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Amtlich wird aus dem Haag berichtet: Aus Anlaß verschiedener

Meldungen über die Schritte, die die Regierung der Vereinigten Staaten bei der niederländischen Regierung getan haben soll, kann mitgeteilt werden, daß der niederländische Minister des Auswärtigen auf die Mitteilung des amerikanischen Geschäftsträgers mit der Bemerkung antwortete: Für die Niederlande bestehe kein Grund, dasselbe Verfahren wie die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit zu befolgen, da die Haltung der letzteren im Gegensatz zu derjenigen der Niederlande sich aus Unterhandlungen ergäbe, die zwischen Washington und Berlin gepflogen sind. Andere Schritte der amerikanischen Regierung oder in ihrem Auftrag sind bei der niederländischen Regierung nicht erfolgt.

Die dänische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Stellung der Vereinigten Staaten sowohl in tatsächlicher wie in formeller Hinsicht von der Stellung Dänemarks vollständig verschieden sei und daß es deshalb unmöglich wäre, einen Vergleich zwischen beiden Staaten anzustellen. In diesem Sinne hat der dänische Minister des Aeußern dem amerikanischen Gesandten bereits geantwortet.

Der schwedische Ministerrat faßte einen ähnlichen Entschluß und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch Norwegen sich dem anschließen wird, da die einflußreichen norwegischen Blätter, u. a. auch „Socialdemokraten", sich gegen Wilsons Note aussprechen.

Einem Funkentelegramm des „Az Est" aus Madrid zufolge veröffentlicht der halbamtliche „Diario Universal" folgende Erklärung: Spanien ist in keiner Weise verpflichtet, dem Beispiele der Washingtoner Regierung zu folgen. Spanien kann seine Neutralitätspolitik weiter fortsetzen. Spanien darf hoffen, aus dem Konflikte herauszukommen, ohne etwaige Verletzung unserer nationalen Ehre einerseits und ohne die geringste Schädigung unserer Interessen anderseits.

*

Ueber weitere Folgen des verschärften U-Boot-Krieges liegen noch nachstehende Meldungen vor:

Die holländische Regierung verbot seit Mittwoch das Auslaufen holländischer Schiffe nach England. Es wird zuverlässig berichtet, daß England am 1. Februar den holländischen Reedern erklärte, daß die in England befindlichen holländischen Schiffe erst nach dem 5. Februar die englischen Häfen verlassen dürften. Außerdem sperrten die Engländer ihre Kohlenlieferungen für holländische Schiffe seit dem 29. Januar, um englischen Schiffsraum zu erpressen.

Die in San Juan (Portorito) liegenden deutschen Schiffe „Odenwald" und „Präsident" und das englische Kohlenschiff „Kb. 3", das bei Kriegsanfang von einem deutschen Schiffe erbeutet wurde, wurden unter militärische Aufsicht gestellt. Die deutschen Besatzungen müssen auf ihren Schiffen bleiben. Das amerikanische Küstenbewachungsfahrzeug „Staffe" liegt neben den Dampfern.

*

Nach allen bisher vorliegenden Meldungen läßt sich das Ergebnis des ersten Tages des verschärften U-Boot-Krieges schätzungsweise auf 40- bis 42 000 Tonnen berechnen. In holländischen Schiffahrtskreisen veranschlagt man den Wert der am 5. d. Mts. versenkten Schiffe auf 80 bis 100 Millionen Mark, abgesehen von dem Wert der Ladung.

Die heutigen Berliner Morgenblätter geben die Namen und die Nationalität von 12 Schiffen bekannt, deren Versenkung neu gemeldet wird.

Vom Tage.

Fast eineinhalb Jahre lang steht bereits die Front an der Beresina, im Sommer scheinbar im Sumpf versinkend und im Winter zu Eis erstarrt; aber frisch wie am Anfang lebt in der Truppe deutscher Offensivgeist, der auch vor den festesten, in langer Zeit ausgebauten feindlichen Stellungen nicht zurückschreckt. Am 6. Februar brachen bei Saberezina Sturmtrupps deutscher Landwehr im Verein mit ihren österreichisch-ungarischen Kameraden [illegible] über die Beresina in die russischen Stellungen ein, brachten 2 Offiziere und 54 Mann heraus und kehrten mit 9 Minenwerfern, 2 Maschinengewehren, 3 Maschinengewehrschlitten und viel sonstigem Material auftragsgemäß in die eigenen Gräben zurück. Die blutigen Verluste des Feindes waren schwer. An freiliegenden Toten wurden allein in einem Grabenstück der zerstörten feindlichen Stellung über 50 gezählt. Wie groß der moralische Eindruck des Angriffs auf den Feind war, kann aus dem flüchtigen Verlassen rückwärtiger feindlicher Stellungen geschlossen werden. Herangeführte feindliche Reserven brachen in unseren Artilleriefeuer zusammen. Sorgfältige Vorbereitung und vorbildliches Zusammenarbeiten aller Waffen bewirkten, daß der erfolgreiche Vorstoß fast ohne eigne Verluste (nur einige Leichtverwundete) durchgeführt werden konnte.

*

Ueber einen kommenden Kampf in der Ostsee wird aus Stockholm berichtet: Nach hier eingetroffenen zuverlässigen Petersburger Berichten rüstet die russische Marineleitung unter tatkräftiger Mitwirkung von englischen Seeoffizieren aller Grade Hochdruck für den kommenden Kampf in der Ostsee, der wahrscheinlich bereits in den ersten Frühlingsmonaten seinen Anfang nehmen wird. In eingeweihten Kreisen ist bekannt, daß die russische Ostseeflotte gegenüber dem April 1916 im April 1917 eine Zunahme von 17 größeren Torpedobootszerstörern aufweisen wird. Wie einwandfrei festgestellt werden konnte, befinden sich gegenwärtig auf der Finnischen-Werft vier große Zerstörer, auf der Nawski-Werft zwei große Zerstörer, auf der Putilowschen Werft eine moderne Torpedojäger, auf der Putilow-Werft ebenfalls vier Zerstörer und auf der Nobel-Werft weitere drei Zerstörer. Daneben entfalte die russisch-englische Kriegsflotte noch große Pläne mit der vorgesehenen englisch-russischen Tauchbootflotte. Diese Flotte soll nach zuverlässigen Angaben eine Tonnenzahl von 35 Tausendstern auf. Davon sind bereits fertiggestellt oder befinden sich noch im Bau auf der Petersburger Werft vier U-Boote, auf der Admirals-Werft fünf, auf der Nawski-Werft drei, auf der Admiralitäts-Werft in Kronstadt, auf der Nobel-Werft drei Tauchboote. Ferner werden noch vier weitere englische Tauchboote erwartet, die aber Schwierigkeiten noch in geteiltem Zustande nach Rußland gebracht werden. Das Oberkommando der englisch-russischen Tauchbootkriegführung in der Ostsee wird einem jüngeren englischen Marineoffizier mit russischer Fahrzeugbildung übertragen werden. In erster Linie soll der englisch-russische Ostseekrieg jeden Verkehr zwischen Skandinavien und Deutschland unterbinden, ferner deutsche Kriegsmaterialien-Transporte in der Ostsee unmöglich machen. Sämtliche russischen Ostseehäfen, insbesondere die finnischen, werden ganz außerordentlich befestigt. In Hellsingfors ist mit umfangreichen Befestigungsarbeiten begonnen worden. Die Befestigungen bestehen hauptsächlich aus schweren japanischen Marinegeschützen. Wie aus der Ansprache des britischen Botschafters in Petersburg, Sir Buchanan, an russische Flottenoffiziere aus Anlaß von englischen Ordensauszeichnungen dieser Offiziere hervorgeht, ist mit Sicherheit auf eine neue Durchbruchsschlacht der englischen Flotte am Skagerrak zu rechnen, da in London nach wie vor der Plan besteht, eine gemeinsame Operationsmöglichkeit zwischen der englischen und der russischen Flotte zu schaffen. In einer Redewendung der Ansprache gab der britische Botschafter indirekt zu, daß die letzte Schlacht am Skagerrak die Möglichkeit einer gemeinsamen Operation der englischen und der russischen Flotte erbracht habe. England wird voraussichtlich im März des laufenden Jahres 65 Marineoffiziere mit Spezialausbildung nach Petersburg zum Dienst in der russischen Ostseeflotte abkommandieren.

Was hieran Wahres ist, muß in aller Ruhe abgewartet werden.

*

In London sind wieder eine Reihe Reden geschwungen worden. Der König hielt eine Thronrede, die sich so ziemlich mit der Entente-Antwort an Wilson deckt. Henderson, Lloyd George und der Generaldirektor des Nationaldienstes Chamberlain, hielten Werbereden für den Nationalhilfsdienst. Ihre Reden klangen darin aus, daß England Schiffe bauen müsse, um die jüngste deutsche Bedrohung unverweilt zu beantworten. Das Volk müsse zu diesem Zwecke organisiert werden. Kein Mann oder keine Frau habe das Recht, zuzuschauen, während andere kämpfen. „Wenn die Alliierten kein Ende machen mit der Möglichkeit eines Sieges des Systems der organisierten Barbarei, so werden wir um 20 Jahrhunderte zurückgehen." Lloyd George rief dann das ganze Volk auf, um die Insel und das sie umgebende Meer zu verteidigen. Und Henderson sprach von der Entfaltung der hunnischen Schrecklichkeiten und des brutalen militärischen Despotismus. — Es muß sehr bedenklich stehen um England, wenn seine Machthaber zur Aufpeitschung der Bevölkerung immer wieder nur die alten Märchen von der „organisierten Grausamkeit der Hunnen" aufwärmen und damit an die niedrigen Instinkte der Massen appellieren. In Wahrheit war die „organisierte Grausamkeit" in der Kriegführung der Engländer immer am ausgebildetsten. Das beweisen die Geschichten Irlands und Indiens, die Schlächtereien im Sudan, die Behandlung der gefangenen Buren und unzählige Fälle in neuester Zeit. Demgegenüber schrumpfen die angeblichen Grausamkeiten der „Barbaren" in ein Nichts zusammen.

*

Die „Neuyork Tribune" bringt einen offenen Brief Bryans an Lloyd George, in dem es heißt: Als Freund der kriegführenden Parteien und als Befürworter der Menschlichkeit bitte ich Sie dringend, Ihren ganzen Einfluß bei der britischen Regierung aufzuwenden, um eine Friedenskonferenz zu eröffnen. Keine einzige Streitfrage braucht durch den Krieg gelöst zu werden. Jede Bürgschaft für den zukünftigen Frieden, die man vielleicht durch den Krieg erreichen könnte, kann auch als Friedensbedingung aufgestellt werden. Laden Sie nicht die Verantwortlichkeit für die Fortsetzung des Krieges auf sich! Ihre Entscheidung kann Leben oder Tod für Millionen von Menschen bedeuten.

*

Der bekannte pazifistische Sozialist Philipp Snowden hielt jüngst in Huddersfield eine Versammlung ab, welche Soldaten zu sprengen versuchten. Der Hauptangriff erfolgte aus dem Hintergrund auf die Tribüne. Snowden konnte sich aber mit seiner Frau an einen sicheren Platz retten und seine Anhänger deckten ihn mit Erfolg. Die Soldaten wurden vollständig überwältigt und kurzerhand hinausgeworfen. Fast zur selben Zeit wurde ein Angriff von dem Haupteingang versucht, aber an ihnen gelang den Pazifisten ein erfolgreicher Kampf gegen die Kriegsenthusiasten. Eine Anzahl von Soldaten wurde die Treppe hinuntergeworfen. Nach Wiederherstellung der Ruhe beglückwünschte Snowden die Versammlung, einen glänzenden Sieg über den „preußischen" Militarismus englischer Soldaten erfochten zu haben. Auch sonst zeigten sich die Pazifisten recht kampffroh und vielleicht sogar ein wenig angriffslustig. Die Vertreter der Presse waren lebhaften Bedrängungen ausgesetzt und dankten es nur der zürigen Fürsprache Snowdens, daß sie unbehelligt das Freie gewinnen konnten.

Zur selben Zeit richtete in einer anderen Versammlung der ehemals überradikale, jetzt nationalistische Hyndman heftigste Angriffe auf Snowden, dem er Verrat an der englischen Sache vorwarf und den er für unfähig zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes in Großbritannien erklärte.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

Wien, 7. Februar. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der rumänischen Front stellenweise regerer Geschützkampf. Nordöstlich von Kirli Baba wiesen wir einen Vorstoß zweier feindlicher Kompagnien ab. An der Beresina wurden bei einem erfolgreichen Vorfeldunternehmen zwei russische Offiziere, 59 Mann und 9 Maschinengewehre eingebracht. An der Aktion nahmen österreichisch-ungarische Abteilungen teil.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

*

WTB. Berlin, 7. Februar, abends. (Amtlich.)

An allen Fronten nur mäßige Gefechtstätigkeit.

Den Angriff eines englischen Flugzeuggeschwaders auf Brügge fielen durch Treffer in eine Schule eine Frau und 16 (sechzehn) belgische Kinder zum Opfer. Militärischer Schaden wurde nicht verursacht.

Frankreich und Belgien.

Die Versorgung Belgiens.

„Petit Journal" meldet aus Washington, der amerikanische Hilfsausschuß für Belgien habe seine Arbeiten und Sendungen eingestellt und seine in unter holländischer, argentinischer, indischer und europäischer Flagge fahrenden Schiffe angewiesen, vorläufig dort zu bleiben. Der Vorsitzende des Ausschusses hofft, die Arbeiten bald wieder aufnehmen zu können.

Nach einer Meldung von „Politiken" ist jetzt ein Abkommen getroffen worden, wonach nötigenfalls Skandinavien Holland und die Schweiz gemeinsam die Tätigkeit des amerikanischen Hilfskomitees für Belgien übernehmen.

*

Fliegerkämpfe am 5. und 6. Februar.

Trotz strenger Kälte herrschte auch am 6. Februar an der ganzen Westfront rege Fliegertätigkeit. In der Nacht vom 5. zum 6. Februar wurden die wichtigen Bahnhofsanlagen von Libert, Dernancourt von unseren Kampfgeschwadern erneut und mit gutem Erfolg mit Bomben belegt. Auf das feindliche Lager bei Hebuterne und Poopart wurden insgesamt 440 Kilogramm Bomben abgeworfen und mehrere Treffer beobachtet. Im Luftkampf wurden 5 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Die Überreste von dreien sind in unserer Hand.

Der Balkankrieg.

Vernichtung englischer Munitionslager bei Saloniki?

Das „Neue Wiener Journal" meldet aus Budapest: Wie aus Sofia berichtet wird, hatten die Engländer in der letzten Zeit riesige Munitionslager an der Landstraße Saloniki—Orlick errichtet. Hierzu waren große eiserne Gebäude aufgeführt worden, auf denen die Rote-Kreuz-Flagge gehißt war, um die wahre Beschaffenheit der betreffenden Bauten zu verstecken. Den ganzen verflossenen Monat hindurch gingen die Munitionstransporte hin und her, bis endlich deutsche Flieger den Sachverhalt entdeckten und nunmehr sämtliche Gebäude ausgiebig mit großen Bomben belegten. Sowohl die eisernen Gebäude wie sämtliche Vorräte an Munition und Waffen darin wurden in die Luft gesprengt und zahlreiche englische Soldaten verloren bei den Explosionen das Leben. — Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Der Seekrieg.

Ein Däne über unsere U-Boot-Leute.

Einer von den Geretteten des dänischen Dampfers „Hyroptatyr", der im atlantischen Ozean von einem deutschen U-Boot torpediert wurde, erzählt in „Fyens Venstreblad" seine Erlebnisse an Bord des U-Bootes. Es heißt in seinem Bericht: Mit dem verwundeten Matrosen Petersen wurde ich von den U-Boot-Leuten nach unten in den Schiffsraum gebracht, wo schon fünf unserer Kameraden hingeschafft waren. Da ertönte das Alarm-Signal — ein englisches Kriegsschiff war hinter dem U-Boot her — die Luken wurden geschlossen, die Maschinen arbeiteten mit voller Kraft und das U-Boot schoß in die Tiefe. Nach einer halben Minute waren wir 35 Meter unter der Oberfläche und in dieser Tiefe fuhren wir weiter. Wir Dänen waren stumpf, halb betäubt von den schrecklichen Ereignissen. Aber allmählich lebten wir auf, dank der Freundlichkeit der deutschen Mannschaft. Sie trocknete unsere Kleider auf dem elektrischen Ofen, sie brachte uns auf ihre Liegestätten in ihren Kojen, sie trug uns eine Tasse heißen Kaffee ans Bett. Zwei Stunden waren wir unter Wasser. Dann stiegen wir auf und setzten die Fahrt über Wasser fort. Wir bekamen Erlaubnis an Deck zu gehen und uns mit einer Zigarette zu trösten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am 22. Februar, nachmittags 3 Uhr, statt. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Die Kriegsziele Dr. Hahns.

Unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Diedrich Hahn tagte am Sonntag in Hannover die Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für die Provinz Hannover. Die Versammlung zeigte wieder, daß der Bund der Landwirte durch und durch politisch ist. Dr. Hahn hielt das Referat. Er beschäftigte sich ausschließlich mit der Kriegslage. Hinsichtlich der Kriegsziele sagte er nach einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung" u. a.: Wir dürfen den Franzosen die Maaslinie nicht wieder zurückgeben, ebensowenig wie Flandern. Belgien dürfe niemals wieder der Brückenkopf Englands auf dem Kontinent werden. Er verlange keine völlige Einverleibung Belgiens, wohl aber seine Stellung unter deutsche Oberhoheit, unter deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ein großes Glück sei es gewesen, daß der uns aufgedrungene Krieg jetzt und nicht nach einem Jahrzehnt ausgebrochen sei. Dann würde es uns schwerer geworden sein, uns gegen Rußland zu behaupten. Das zwinge uns aber auch andererseits, auch genügend Faustpfänder gegen Rußland zu behalten. Daß Rumänien unser Feind geworden, sei ebenfalls ein Glück für uns gewesen, militärisch sowohl wie wirtschaftlich. Es werde auch dafür gesorgt werden, daß Italien nicht Triest erhalte, sonst sei Oesterreich wirtschaftlich unterbunden. Es sei zu hoffen, daß angesichts unserer günstigen Kriegslage Holland und Dänemark neutral blieben, hätten doch beide Staaten in einem Kriege gegen uns viel mehr zu verlieren als wir. Die Aushungerungsgefahr für Deutschland wäre bei einer Besiegung dieser beiden Staaten ganz bedeutend herabgemindert. Endlich Amerika beleuchtend, meinte der Redner, wenn es Amerika nicht anders wolle, werde es auch gegen Amerika gehen.

Schließlich kam Dr. Hahn auf die Ernährungsfrage zu sprechen. Er führte aus: In letzter Stunde ausschlaggebend für den Sieg werde der Sieg Deutschlands über England in der Ernährungsfrage sein. Die städtische Bevölkerung sei keineswegs zu beneiden und stehe noch vor bösen Monaten. Deshalb sei es Pflicht der ländlichen Bevölkerung, zu helfen allüberall, wo die Not es gebiete. Oberste Pflicht sei es, der Landwirtschaft zum Frühjahr genügend Pflanzkartoffeln zur Verfügung zu stellen. Hierzu müsse auch die städtische Bevölkerung beitragen. Denn der Krieg werde nicht schon im Frühjahr entschieden, und wer zuletzt noch etwas zu essen habe, werde der Sieger sein. Es müsse daher alles getan werden, daß wir schließlich den Krieg mit Hilfe der Kartoffeln gewinnen. Billige man andererseits der Landwirtschaft die angemessenen Preise zu, so werde die umso freudiger dazu beitragen, den deutschen Sieg auch mit der Kartoffel erstreiten.

In der Diskussion ersuchte ein Delegierter, an maßgebender Stelle vorstellig zu werden, daß jeder ländliche Besitzer, ob groß oder klein, einen relativ bestimmten Grundbesitz für den Kartoffelbau zu benutzen verpflichtet werde. Weiter wurde in der Diskussion angedeutet, das Kriegsamt werde energische Maßregeln gegen die Abwanderung ländlichen Personals nach den Städten ergreifen.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, nach welcher die Versammlung begeistert ihre Freude darüber ausspricht, daß Deutschland „endlich zu der einzig richtigen Hilfe des rücksichtslosen Tauchbootkrieges gegriffen hat, ohne Furcht vor Amerika, das sich jahrelang neutral nannte und doch durch seine Munition unsere tapferen Soldaten zu vielen Tausenden in den Tod sandte." In einer weiteren Entschließung wird die Bereitstellung von Saatkartoffeln und die Beurlaubung der landwirtschaftlichen Betriebsleiter verlangt.

Steuerjucher.

Die Zunft der Steuerjucher ist wieder emsig an der Arbeit, um Vorschläge zu machen, wie die finanziellen Nöte des Reiches beseitigt werden könnten. Meist empfehlen sie Steuern, die lediglich die anderen treffen; der Wahrspruch

vom Heiligen Florian hat wohl am meisten auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung Geltung. Eine Ausnahme unter den mehr oder weniger unberufenen Steuersuchern nimmt ein Dr. Orgler ein, der seine Weisheit im „Tag" verzapft, denn er schlägt eine Steuer vor, die ihn auch selber belasten würde — nämlich eine Mehrverbrauchssteuer! Nach dem Kriege soll jedem Staatsbürger, unter Beibehaltung des Kartensystems, ein bestimmtes Quantum an Nahrungsmitteln zugesprochen werden. Was er mehr verbraucht, das soll mit einer Steuer belastet werden. Die Wochenmenge soll betragen 2500 Gramm Brot und 625 Gramm Fleisch. Da nun vor dem Kriege die auf den Kopf der Bevölkerung entfallene Wochenmenge 3500 Gramm Brot und 1000 Gramm Fleisch betrug, so würden, den gleichen Konsum vorausgesetzt 1000 Gramm Brot und 375 Gramm Fleisch wöchentlich sofort steuerlich faßbar sein. Von Rücksichtnahme und Bescheidenheit ist Dr. Orgler nicht angekränkelt, denn er will für das mehr verbrauchte Roggenbrot 15, für Weizenbrot 30, für Fleisch 150 Pfg. pro Kilogramm erhoben wissen. Den Ertrag aus dieser Steuer berechnet Orgler mit 2,9 Milliarden Mark! Will man noch mehr haben, braucht man diese Steuersätze nur zu erhöhen. Ernsthaft diskutabel ist ein solcher Vorschlag natürlich nicht, man denke nur wie dadurch kinderreiche Arbeiterfamilien belastet würden — aber der Kuriosität halber kann man diese Leistung wenigstens registrieren.

Oesterreich-Ungarn.

Zwischenfall im ungarischen Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhause wurden während der Rede des Grafen Theodor Batthyany (oppositionell) von der zweiten Galerie drei Revolverschüsse abgegeben. Es wurde niemand verletzt. Der Täter wurde der Polizei übergeben. Er war anscheinend betrunken und brach bei der Festnahme in Tränen aus. Er machte über die Ursache der Tat unzusammenhängende Angaben. Der Zwischenfall verursachte keine besondere Erregung. Batthyany setzte seine Rede fort und sagte: Wir dürfen uns nicht durch einige Patronen stören lassen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 8. Februar.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am kommenden Montag abend 6 Uhr im Rathause zusammentritt, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Antrag des Senates: 1. Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer des Bürgerausschusses. III. Aussprache über die Ernährungsfragen. IV. Weitere Anträge des Senates: 2. Anstellung eines neuen Oberlehrers an den höheren Staatsschulen, zunächst an der Oberrealschule zum Dom. 3. Weiterer Ausbau der Curtiusstraße. 4. Aenderung des mit der Flugzeugwerft Lübeck-Travemünde G. m. b. H. abgeschlossenen Vertrages vom 28. Februar 1914. 5. Gewährung einer Unterstützung an den früheren Kirchhofsgärtner Berlin. 6. Ausstattung des Kulenkampkais mit Kränen. V. Dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesener und nicht in unveränderter Fassung an den Senat gebrachter Antrag von Klein, betreffend Gewährung von Preisermäßigungen an Kriegsverletzte bei Benutzung der Straßenbahn.

Die Rede Scheidemanns liegt dem Organ der hiesigen Alldeutschen, den „Lübeckischen Anzeigen", schwer im Magen. Getreu seinen bisherigen Gepflogenheiten bringt es keinen zusammenhängenden Bericht über die Ausführungen unseres Genossen, sondern druckt einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze ab, um daran seine polemischen Kunststückchen zu versuchen. Zur Erheiterung ihrer Leser bemerkt die Schriftleitung des Amtsblattes, nachdem sie vorher in durchsichtiger Weise auf ihre „nationale Ueberzeugung" gepocht hat, daß sie nicht auf den „Fehler der sozialdemokratischen Presse verfallen wolle, die die Ansicht anderer immer nur verdreht oder derart aus dem Zusammenhange gerissen wiedergibt, daß sich schlechterdings ein wahrhaftes Bild nicht ergibt." Was dann folgt, widerlegt diese Behauptung gründlich. Es ist nicht unsere Absicht, auf das Geschreibsel des Amtsblattes, das von Scheidemanns Gerede spricht, im einzelnen einzugehen. Nur ein Beispiel:

„Man könnte des Glaubens sein, daß es in diesem Kriege die ständige Aufgabe eines wahrhaften Volksvertreters ist, neue Kraft, neuen Mut, neue Stärke und neuen zuversichtlichen Geist zu verbreiten. Herr Scheidemann denkt nicht daran und beginnt, damit nur ja eine recht wehmütige Stimmung entsteht, zunächst mit einem großen Klagelied über die schweren Opfer, die schon gebracht sind, die noch gebracht werden müssen, und stellt die „bange" Frage, wie lange „das entsetzliche Morden eigentlich noch dauern" soll. Er weist mit Inbrunst auf all die Schwere der Zeit hin, an der Front und im Lande, und wendet sich insbesondere an die Frauen, und sagt immer wieder, daß es immer schlimmer werden wird. Fürwahr, ein „deutscher" Prediger „zur Kraft"! Diesen Klagepassus schließt Herr Scheidemann mit folgenden Worten:

„Der Kampf geht auf Leben und Tod. Deshalb ist es wahnsinnig, wenn Schwätzereien verbrochen werden, wenn in Nord und Süd, in Lübeck sowohl wie an anderen Orten, immer noch davon geredet wird, daß Deutschland den Krieg nicht beenden dürfe, ohne bestimmte Eroberungen gemacht zu haben."

Das ist der erste logische Sprung, weil es auf Leben und Tod geht, deshalb soll es wahnsinnig sein, den Krieg ohne Eroberungen nicht zu beenden; das verstehe wer kann! Wir haben die „Eroberungen" schon gemacht, deswegen könnte der Krieg ruhig beendet werden, niemand fordert eine Fortsetzung des Krieges, um zu erobern. Wohl aber fordern wir, daß die Politik das festhält, wofür deutsche Söhne und Brüder gestorben sind und was zur Sicherung des Lebens und der Existenz Deutschlands unbedingt notwendig ist."

Ueber das, was zur Sicherung des Lebens und der Existenz Deutschlands unbedingt notwendig ist, besteht zwischen der alldeutschen Auffassung und derjenigen der großen Mehrheit unseres Volkes ein unüberbrückbarer Abgrund. Wir sind mit Moltke und Bismarck der Meinung, daß die Angliederung volksfremder Gebiete an Deutschland eine Schwächung unseres Nationalstaates bedeuten würde und daß jede Vergewaltigung anderer Völker erfahrungsgemäß den Keim zu neuen Kriegen in sich birgt. Die Alldeutschen sind anderer Meinung, aber sie können keine überzeugenden Gründe, sondern nur tönende Worte dafür anführen. Ganz kurios macht es sich, wenn das Amtsblatt sagt, wir wollen den Krieg nicht wegen Eroberungen fortsetzen, wir haben diese Eroberungen schon gemacht und wollen sie nur festhalten. Auch die Gegner haben bekanntlich schon Eroberungen gemacht, fast alle deutschen Kolonien sind in ihrem Besitz. Daß diese nur gegen entsprechende Tauschobjekte zurückgegeben werden, liegt auf der Hand. Und dann ist doch klar, daß kein Volk den Krieg beenden wird, wenn ihm der Friede die Verluste großer Gebietsteile bringen wird. Wer logisch denken kann, der muß doch diesen Zusammenhang erkennen und in der Annexionsabsichten, auf welcher Seite der Kriegführenden sie auch in die Erscheinung treten, den wesentlichsten Grund für die Fortsetzung des grauenhaften Blutvergießens sehen. Wenn Scheidemann auf die schweren Opfer des Krieges hinwies, so hat er das getan, was schon vor ihm von den höchsten Stellen aus geschehen ist und wer die Seele des Volkes kennt, der weiß, daß in ihr die Frage brennt: wie lange noch? Wer leichten Herzens darüber hinweg kann und meint, mit großen Worten Kraft und Zuversicht zu verbreiten, der mag sich sehr wichtig vorkommen, nützt aber unserer Sache herzlich wenig damit. Und wie man an der Front darüber denkt, wollen wir hier lieber nicht mitteilen.

Differenzen mit der Kaiinspektion der Handelskammer. Vom Transporterbeiter-Verband wird uns geschrieben: Durch eine Verordnung des Generalkommandos des 9. Armeekorps vom 25. Januar d. J. hat die Handelskammer die Güterbewegung an den Kaistrecken der Seehäfen und des Klughafens in eigene Regie übernommen und die Trägerkorporation als Stammarbeiter gegen einen Wochenlohn von 39 Mk. (pro Tag 6,50 Mk.) eingestellt. Dadurch hat die Selbständigkeit der Trägerkorporation aufgehört. Diese alte Zunft, deren Fahneninschrift bekanntlich lautet: „Das Altertum ist unser Ruhm", existiert nicht mehr. Es haben sich aber Differenzen wegen der gedachten Zahlung mit der Kai-Inspektion der Handelskammer herausgestellt, die sich bis jetzt wie folgt abgespielt haben:

Am 27. Januar d. J. erhielten wir seitens der Kai-Inspektion der Handelskammer nachfolgendes Schreiben zugesandt:

„Auf Grund der Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos des 9. Armeekorps Nr. VI 72 (Korpsverordnungsblatt 1917 Nr. 149 S. 52) übernimmt die Kaiverwaltung der Handelskammer vom 29. Januar 1917 ab gemäß der Bekanntmachung der Handelskammer vom 25. Januar die Güterbewegung an den Kaistrecken der Seehäfen und des Klughafens zu Lübeck, soweit diese Arbeitsleistungen bisher dem Ablader, Absender und Empfänger oblagen. Die Kaiverwaltung gibt Ihnen Kenntnis davon, daß sie als Stammarbeiter die Leute der Trägerkorporation übernommen hat. Die erforderlichen Hilfsarbeiter wird die Kaiverwaltung an der Arbeiterbörse anfordern. Für die Lohnzahlung wird die Kaiverwaltung den zwischen dem Reederei-Verein zu Lübeck einerseits und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, sowie dessen Ortsverwaltung Lübeck andererseits festgelegten Lohntarif der Hafenarbeiter zu Lübeck zugrunde legen."

Im Jahre 1915 hatten wir mit der Trägerkorporation für diese Arbeiten einen Stundenlohn von 85 Pfg. festgelegt. Im Oktober 1915 fand dann eine Sitzung mit der Handelskammer, wo diese Abmachung bestätigt wurde, statt. Durch die von der Handelskammer getroffenen Maßnahmen sind für die Hilfsarbeiter Lohnreduzierungen eingetreten, die wir nicht für gerechtfertigt erachten können. Wir wandten uns deshalb an Herrn Senator Dr. Lienau als Vorsitzender der durch Senatsbeschluß vom 5. Juni 1915 eingesetzten „Schlichtungskommission". Am 31. Januar 1917 fand dann eine Sitzung im Gebäude der Finanzbehörde statt. In der Sitzung konnte keine Einigung erzielt werden, da beide Parteien an ihrem Standpunkt festhielten. Beschlossen wurde dann, daß wir eine Versammlung einberufen sollten, um auf Grund der Verhandlung ein Resultat zu zeitigen. Dasselbe wurde herbeigeführt und der Kai-Inspektion mitgeteilt. Die Mitteilung lautete:

„In der am 5. Februar d. J. stattgefundenen Versammlung sämtlicher am Hafen beschäftigter Arbeiter, zu der speziell die bei der Trägerkorporation tätig gewesenen Arbeiter eingeladen waren, wurde eine Berichterstattung der Lohnkommission über die mit der Handelskammer gepflogenen Verhandlung gegeben. Es fand eine ausgiebige und sachliche Diskussion statt. Von sämtlichen Diskussionsrednern wurde das Vorgehen der Handelskammer nicht gutgeheißen. Es wurde insbesondere hervorgehoben, daß die Handelskammer selbst, wenn sie Leute beschäftigt hatte, den Stundenlohn von 85 Pfg. gezahlt hatte, auch seitens einiger Träger seinerzeit erklärt sei, daß sie den Stundenlohn von 85 Pfg. nicht bezahlt hätten, wenn die Handelskammer dieses nicht bestimmt hatte; dadurch dürfte festgestellt sein, daß die Vereinbarung, einen Stundenlohn von 85 Pfg. zu zahlen, mit der Handelskammer festgelegt. Die Versammlung hielt es deshalb nicht für angebracht, in der gegenwärtigen Zeit (Burgfrieden) Aenderungen betr. Lohnzahlungen zum Nachteile der Arbeiter herbeizuführen und glaubt auch, daß dieses nicht die Billigung höheren Orts finden wird. Die Versammlung muß deshalb bei dem Standpunkt beharren, daß für die Arbeiter bei der Kai-Inspektion der Handelskammer nur ein Stundenlohn von 85 Pfg. maßgebend sein kann.

Eine dann am 6. Februar d. Js. stattgefundene Verhandlung derselben Instanz brachte ebenfalls keine Verständigung, sodaß die Arbeitnehmervertreter erklärten, diese Angelegenheit einer höheren Instanz zu unterbreiten. Nun hat sich die Lohnkommission der Hafenarbeiter an das hiesige Garnison-Kommando gewandt mit dem Ersuchen, eine Regelung dieser Sache herbeizuführen zu wollen.

Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn, und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen. Die am 1. Oktober 1916 unter obiger Überschrift in Kraft getretene Bekanntmachung ist am 1. Februar 1917 in einer Neufassung erschienen. Hiernach sind die Bestimmungen der Bekanntmachung außer auf alle Brauerei-, Gastwirtschafts- und Schankbetriebe, Vereine und Gesellschaften, Kasinos und Kantinen, welche die von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände im Besitz oder Gewahrsam haben, auch ausgedehnt auf Handlungen, Läden und Installationsgeschäften, Fabriken und Privatpersonen — ausgenommen Althändler —, welche die im § 2 der Bekanntmachung genannten Gegenstände erzeugen oder verkaufen, oder welche solche Gegenstände zum Zwecke des Verkaufs in Besitz oder Gewahrsam haben. Die Gegenstände, auf welche sich die Bestimmungen der Bekanntmachung, insbesondere also Meldepflicht, Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung beziehen, sind: sämtliche aus reinem Zinn oder aus Legierungen mit einem Zinngehalt von 75 Prozent und mehr bestehenden Deckel von Biergläsern und Bierkrügen einschließlich der dazugehörigen Scharniere.

Für eine große Reihe von andern Gegenständen ist eine freiwillige Ablieferung vorgesehen. Der Kreis dieser freiwillig abzuliefernden Gegenstände ist in der vorliegenden Neufassung erheblich erweitert. Gegenstände, welche bereits als Altmaterial an Händler, Handlungen usw. abgegeben waren, und den Bestimmungen der Bekanntmachung unterliegen, dürfen von den Sammelstellen nicht angenommen werden.

Mit der Durchführung der Bekanntmachung sind wiederum die Kommunalverbände beauftragt, welche auch die Ausführungsbestimmungen zu erlassen haben. Ueber die Einzelheiten, auch über die Uebernahmepreise, sowohl bei den vorgeschriebenen, wie bei den freiwilligen Ablieferungen gibt der Wortlaut der Bekanntmachung Auskunft, die in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht und bei den Polizeibehörden einzusehen ist.

Besonders wird nochmals auf die Möglichkeit zur freiwilligen Ablieferung aller Arten von Zinngegenständen hingewiesen von der im vaterländischen Interesse ein möglichst ausgedehnter Gebrauch gemacht werden sollte.

Die vorstehenden Ausführungen gelten nicht für Bayern, wo besondere Bestimmungen ergehen.

Die neue Brotstreckung. In der neuesten Nummer des Reichsgesetzblattes ist eine Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes erschienen, nach der zur Streckung bei der Bereitung von Roggenbrot auch Rüben, mit Ausnahme von Zuckerrüben, verwendet werden dürfen. Die so zugelassenen Rüben, insbesondere Kohl- und Futterrüben, eignen sich in jeder Form, roh, gekocht, getrocknet oder gemahlen, zur Streckung des Roggenbrotes, falls der Zusatz bei Trockenrüben 10, bei frischen Rüben, die gepreßt worden sind, 60 auf 100 Gewichtsteile beträgt. Für die Selbstversorger auf dem Lande und für die Bewohner der kleineren Städte wird die Streckung des Brotes mit Rüben in jeder Form eine wertvolle Unterstützung der Brotversorgung darstellen. Zu beachten ist aber bei dieser Streckung mit Rüben, daß, falls nicht volle 10 vom Hundert Gewichtsteile Rüben, auf die Trockensubstanz berechnet, dem Brot zugesetzt werden, die an 10 Prozent fehlenden Streckungsmittel ersetzt werden müssen. Die früher allgemein übliche Brotstreckung mit Kartoffeln hat bereits seit einiger Zeit fast ganz unterbleiben müssen, weil bei der allgemeinen Knappheit an Kartoffeln in den Trocknungsanstalten Kartoffelflocken nicht mehr hergestellt werden können. An Stelle der bisher gelieferten Kartoffelflocken hat die Reichsgetreidestelle an die Kommunalverbände als Streckungsmittel insbesondere Gerstenmehl und Weizenschrot zur Verfügung gestellt. Dasselbe wird auch nach dem Erlaß der oben erwähnten neuen Verordnung weiter geschehen, sodaß hierdurch tatsächlich im allgemeinen, jedenfalls aber in den großen Städten, eine Aenderung in der Brotbereitung nicht eintreten wird.

Das neue lübsche Verwaltungsgericht soll am 1. April ins Leben treten, nachdem vor kurzem die Bürgerschaft einem diesbezüglichen Antrage des Senates ihre Zustimmung gegeben hat. Nunmehr wird amtlich die Zusammensetzung des Gerichtshofes gemeldet. Der Senat hat auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 6. Dezember 1916 zu Mitgliedern des Verwaltungsgerichts ernannt: 1. Senator Dr. Stooß, Vorsitzender; 1. Stellvertreter: Senator Kulenkamp, 2. Stellvertreter Senator Dr. Vermehren. 2. Regierungsrat Dr. Lange; 1. Stellvertreter: Regierungsrat Dr. Geister, 2. Stellvertreter: Regierungsrat Dr. Plessing. 3. Landgerichtsrat Mollwo; 1. Stellvertreter: Landgerichtsrat Schrader, 2. Stellvertreter: Landgerichtsrat Dr. Papst. 4. Malermeister Wilhelm Heinrich Martin Eder; 1. Stellvertreter: Arbeitersekretär Heinrich Max Paul Hoff, 2. Stellvertreter: Zimmermeister Georg Christian Robert Glasau. 5. Kaufmann Max Karl Wilhelm Schiemann; 1. Stellvertreter: Kaufmann Paul Nikolaus Hinckeldeyn, 2. Stellvertreter: Kaufmann Peter Samuel Karl Theodor Müller.

Vorträge der Oberschulbehörde. Nachdem die naturwissenschaftlichen Vorträge von Herrn Prof. Dr. Brüsch beendet sind, wird nunmehr Herr Prof. Dr. Steyer eine Reihe von Vorträgen halten, die eine Einführung in die Entwicklungslehre geben sollen. Die Verteilung des Stoffes wird folgende sein: 1. am 12. Februar 1917: Die Geschichte der Entwicklungslehre. Die Theorien Lamarcks und Darwins. 2. am 19. Februar und 3. am 26. Februar 1917: Beweise für die Entwicklungslehre und ihre Kritik. 4. am 5. März 1917: Die Stammesentwicklung der Pflanzen- und Tierwelt und des Menschen. Diese Vorträge werden mit Lichtbildern unterstützt werden. Alles Nähere über Ort, Zeit und Zutrittsbedingungen enthalten die Plakate an den Säulen und die Inserate in den Zeitungen.

Erfrorene Kartoffeln erhält man unbedingt genießbar, wenn man sie bis zum Gerrarch in der Kälte liegen läßt und nicht in einen geheizten Raum bringt. Unmittelbar vor dem Gebrauch wird die gefrorene Kartoffel mit der Schale in kaltem Wasser und mit reichlichem Salzzusatz aufgesetzt und zum Kochen gebracht. Der Geschmack der Kartoffeln bleibt dadurch erhalten.

Reiselegitimationen. Die Eisenbahnen werden jetzt militärisch überwacht. Wer daher verreist, der tut gut, sich mit einer amtlichen Legitimation zu versehen, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Ein Paßausweis, eine Radfahrerkarte, soweit diese noch gültig sind, genügen.

Die Kälte wird wieder stärker. Nachdem gestern eine etwas mildere Temperatur eingetreten war und die drei bis sechs Grad Kälte beinahe frühlingsmäßig empfunden wurden, fiel über Nacht das Quecksilber des Thermometers wieder auf 14 Grad unter Null und mehr. In den Vorstädten prangten die Bäume heute morgen im kalten Schmucke des Rauhreifes. Die Winterlandschaft wurde dadurch noch schöner. Aber derjenige, der hungert und friert, dürfte kaum noch Interesse an solchen Winterlandschaften haben.

Schutz der Schafherden gegen bissige oder wildernde Hunde. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet der stellvertretende kommandierende General des 9. Armeekorps auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 folgendes: 1. Schafbesitzer haben ihre Schafherden scharf bewachen zu lassen. Den Wächtern sind auf Verlangen Waffenscheine zu erteilen, soweit gegen die Person des Betreffenden nicht Tatsachen vorliegen, welche die Erteilung eines Waffenscheines ausschließen. 2. Wildernde oder ohne Aufsicht in der Feldmark umherstreifende Hunde dürfen von jedem, der auf Grund eines Jagd- oder Waffenscheines berechtigt ist, Waffen zu führen, und ein öffentliches oder privates Recht hat, sich auf dem Gelände, wo der Hund betroffen wird, aufzuhalten (z. B. Forstbeamte, Flurhüter, Eigentümer, Pächter, Nutzungsberechtigter, Schafbesitzer, Jagdpächter), oder sich in Begleitung der vorgenannten Berechtigten befindet, oder eine von ihnen erteilte schriftliche Erlaubnis bei sich führt, ohne weiteres erschossen werden. 3. Alle Hunde müssen, sofern sie sich nicht in unmittelbarer Nähe des Hauses aufhalten, dem sie angehören, unter Aufsicht bleiben. Das Mitnehmen von Hunden auf das Feld durch das Gesinde ist verboten. 4. Bissige oder wildernde Hunde dürfen nur in eingefriedigten Räumen, die ein Ausbrechen nicht gestatten, frei umherlaufen, sonst sind sie an die Kette zu legen. Als „bissig" oder „wildernd" sind jedenfalls die Hunde anzusehen, deren Eigen-

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 8. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht.

Im Ypernbogen herrschte abends lebhafte Feuertätigkeit. Im Wytschaetebabschnitt zerstörten wir durch erfolgreiche Sprengungen einen erheblichen Teil der feindlichen Minengänge.

Ein englisches Fliegergeschwader warf auf die Stadt Brügge Bomben, durch die neben Häuserzerstörung in einer Schule eine Frau und 16 Kinder getötet und zwei Erwachsene schwer verletzt wurden. An militärischen Anlagen ist Schaden nicht entstanden.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Beiderseits des Kanals von La Bassee, an der Ancre und bei Bouchavesnes war der Artilleriekampf gegen die Vortage gesteigert. Nach Mitternacht griffen die Engländer auf dem Norduser der Ancre und südöstlich von Bouchavesnes an. Begrenzte Anfangserfolge wurden durch unsern Gegenstoß schnell ausgeglichen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Im Aire-Tal und bei Vauquois, östlich der Argonnen, holten Stoßtrupps 17 Gefangene aus den französischen Gräben.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern.

Bei Pisielin, westlich von Luck, war ein Erkundungsvorstoß für uns erfolgreich.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

In den verschneiten Karpathen und im Berggelände der westlichen Moldau mehrfach rege Feuertätigkeit und Gefechte von Streifabteilungen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida- und Prespa-See Vorpostengeplänkel, bei denen französische Gefangene eingebracht wurden.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

tümern von der Ortspolizeibehörde eine Verfügung zugestellt ist, die ihren Hund für „bissig" oder „wildernd" erklärt. 5. Alle bereits erlassenen weitergehenden Bestimmungen über die Beaufsichtigung von Hunden bleiben bestehen. 6. Den höheren Verwaltungsbehörden wird die Befugnis erteilt, für städtische Bezirke allgemein Ausnahmen von den Bestimmungen zu Ziffer 3 Satz 1 zuzulassen. 7. Zuwiderhandlungen gegen die Ziffern 3 und 4 dieser Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände auch mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Eises wegen Lübeck nicht erreicht. Dampfer „Askania" lief mit 350 Rindern in Kiel ein. Das Schiff war nach Lübeck bestimmt, kann aber eisesholber die Trave nicht mehr erreichen. Die Rinder wurden in der Quarantäne-Anstalt aufgenommen.

Hansa-Theater. Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: „Eine lustige Doppel-Ehe" ist der Titel eines musikalischen Schwanks von Curt Kreck, der von Freitag ab abends um 7½ Uhr im Hansa-Theater zur Aufführung gelangt. Zu dem unterhaltenden Text hat der bekannte Berliner Komponist Paul Lincke eine reizende Musik geschrieben. Infolge der allgemeinen Preissteigerung aller Betriebsmaterialien hat sich die Direktion genötigt gesehen, einen kleinen Preisaufschlag auf sämtliche Plätze zu erheben.

Hamburg. Für 10000 Mk. Goldwaren gestohlen. Einbrecher schlugen bei den Juweliren Knapp u. Schlesinger am Jungfernstieg die Scheibe ein und entwendeten drei goldene Damenhandtaschen, sowie zwei goldene Geldbörsen im Werte von 10000 Mk.

Winsen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Wittingwerk. Der Werkmeister Scheidig war mit drei Arbeitern in einen zwei Meter hohen Kessel gestiegen, um denselben reinigen zu lassen. Während der Arbeit entwickelten sich giftige Gase, die den Tod des Werkmeisters herbeiführten. Ein Arbeiter hatte rechtzeitig den Kessel verlassen können, die beiden anderen wurden betäubt in das Krankenhaus gebracht, befinden sich aber außer Lebensgefahr.

Schleswig. Großfeuer in der Irrenanstalt. In letzter Nacht brach in der hiesigen Irrenanstalt Friedrichsberg ein Großfeuer aus, das die Wäscherei zerstörte. Der an Gebäude und Wäsche angerichtete Schaden ist sehr groß.

Neueste Nachrichten.

Köln, 7. Februar. Infolge des Kohlenmangels hat der Gouverneur von Köln die Schließung sämtlicher Theater, Lichtspielhäuser, Museen, Schulen und Versammlungssäle auf die Dauer von 11 Tagen angeordnet. Die Polizeistunde ist auf 10 Uhr festgesetzt. Die Verordnung tritt morgen in Kraft.

Aachen, 7. Februar. Eine Anzahl städtischer und Privatschulen ist wegen der ungenügenden Kohlenvorräte geschlossen worden. Auch die Theater, Lichtspielhäuser, Konzert- und Versammlungssäle werden für 10 Tage geschlossen. Die Polizeistunde wird auf 10 Uhr festgesetzt.

Gotha, 7. Februar. Wegen Kohlenmangels wurden heute sämtliche Volksschulen, Fortbildungsschulen sowie das Lyzeum für acht Tage geschlossen. Auch die Gottesdienste werden in der Weise eingeschränkt, daß jeden Sonntag nur in einer Kirche Gottesdienst abgehalten wird. In zwei Schulen wurden Wärmestuben eingerichtet für Kinder, die zu Hause keine warme Wohnung haben. Die ersparten Kohlen werden der Industrie überwiesen.

Wien, 7. Februar. Die „Wiener Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Besprechungen zwischen dem Ministerium des Aeußern und dem hiesigen amerikanischen Botschafter dauern an. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn bestehen weiter. Zu einem endgültigen Ergebnis haben die Besprechungen vorläufig noch nicht geführt. In Amerika sind Strömungen und Bemühungen vorhanden, die darauf hinausgehen, den Fortbestand der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn zu ermöglichen.

Haag, 7. Februar. In den englischen Blättern findet sich eine Bekanntmachung des englischen Auswärtigen Amtes auf die Ankündigung des uneingeschränkten Tauchbootkrieges hin. In diesem Erlaß ist der Satz enthalten, daß die englische Regierung beschlossen habe, bei Ausführung der Tauchboot-Drohungen sofort Vergeltungsmaßnahmen anzuwenden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Nachdem leider der Verkauf der Streckwurst aufgehört hat (aus welchem Grunde weiß man allerdings nicht), fangen die Polonäsen wieder an und zwar sind es diesesmal wieder die Schlachtereien von Aland in der Menastraße und Scheere, Holstenstraße bei dem Verkaufe von gekochter Mettwurst. Haben denn nur diese beiden Schlachter das Monopol zur Herstellung und zum Verkauf dieser Wurst, während bei den anderen Schlachtern, die doch auch ihre Steuern bezahlen müssen, die Läden leer sind? Kann man ihnen nicht wenigstens ein kleines Quantum dieser bei der immer mehr zunehmenden Fettknappheit so beliebten Mettwurst zum Verkauf an ihre Kundschaft übergeben, denn es ist nicht jedermanns Sache, bei dieser Kälte stundenlang auf der Straße zu stehen, um auch mal ein Stückchen Wurst zu erwischen, oder — auch nicht, denn es kommt auch vor, daß die Letzten so wieder abziehen können, wenn die Wurst inzwischen ausverkauft ist.

Könnte überhaupt nicht wieder zur Herstellung der Streckwurst geschritten werden, hierdurch würde bei der Fettknappheit doch so vielen geholfen sein.

Kein Schlachter, sondern ein Konsument.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 3 des neunten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Der Krieg und das sozialdemokratische Programm. — Mein Begräbnis. Von Hans Heinz Ewers. — Zur Entwicklungsgeschichte der Kleidung. Von Hans Marckwald. — Die Donaumündungen. Von L. Lessen. (Mit Abbildungen.) — Hilfsdienstgesetz und jugendliche Arbeiter. I. Von R. Wissell. — „Was gibst ma?" Von Fritz Müller. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Aus der Jugendbewegung. — Des Lehrlings Leidenschronik. — Die Gegner an der Arbeit.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Aufruf!
Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamtes zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Hilfsdienstpflichtige Personen, welche sich zur Ausübung der nachstehenden Dienste eignen und entweder nicht wehrpflichtig oder zwar wehrpflichtig, aber kriegsunbrauchbar oder noch nicht gemustert sind, werden aufgefordert sich zum freiwilligen Hilfsdienst für folgende Verwendungsarten bei den nachbezeichneten Dienststellen zu melden:

1. **Eisenbahndienst.**
   Eisenbahn-Arbeiter, -Handwerker und Unterbeamte. Meldungen bei den Betriebs-, Verkehrs-, Maschinen- und Werkstätten-Aemtern, sowie bei den Dienststellenvorstehern der Bahnhöfe, Bahnmeistereien, Betriebswerkmeistereien und Güterabfertigungen, bei Klein- und Schmalspurbahnen bei den Verwaltungen und den Angliederungsbahnhöfen, für die Apenrader Kleinbahn bei der Betriebsleitung in Apenrade, für die Altener Kreisbahn beim Kreisbahnhof Sonderburg, für die Kleinbahn Kiel-Schönberg-Kiel-Segeberg beim Kleinbahnhof Kiel-Gaarden, für die Kleinbahn Preetz-Barkau-Preetz-Lütjenburg Kleinbahnhof Preetz, für die Ratzeburger Kleinbahn Bahnhof Ratzeburg Stadt, für die Bozenburger Stadt- und Hafenbahn Bahnhof Bozenburg Stadt, für die Schmalspurbahn Tessin bei der Direktion.
2. **Postdienst.**
   Postunterbeamte. (Briefträger, Landbriefträger, Postschaffner, Postillone). Meldungen bei der Postanstalt des Wohnortes, in Hamburg bei dem Postamt 1. Hühnerposten, in Bremen bei dem Postamt 1, Domsheide, in Kiel nebst Vororten beim Postamt 1 vorzumelden.
3. **Telegraphendienst** für den Oberpostdirektionsbezirk Hamburg.
   Meldungen in Hamburg bei der Fernsprechbauabteilung Langereihe 21, in Lübeck beim Telegraphenamt, in Blankenese, Bad Oldesloe, Ratzeburg, Bergedorf, Buchen, Winsen, Lüneburg, Harburg (Elbe), Buchholz (Kr. Harburg), Burtehude, Stade und Cuxhaven bei den betr. Postämtern.

Bei der Meldung ist genaue Angabe des Namens, Geburtsjahres, Berufs, Wohnorts und der Wohnung sowie des Dienstzweiges und Ortes, für den die mündliche Meldung erfolgt, nötig. Ferner ist anzugeben, von welchem Tage ab der sich Meldende verfügbar ist. Bei mündlichen Meldungen ist ein Ausweispapier vorzulegen, schriftlichen Meldungen sämtlich ein Lebenslauf beizufügen, welcher Ausbildung und bisherige Beschäftigung ergibt.

Durch die freiwillige Annahme eines Kriegshilfsdienstes wird der Hilfsdienstpflichtige nicht von der Erfüllung seines Wehrpflichtgesetzes entbunden.

Die Annahme erfolgt durch einen **Arbeitsvertrag**, die **Entlohnung** nach den ortsüblichen Sätzen.

Auf Wunsch soll den in dem vaterländischen Zweck der Hilfsdienstpflicht (Heranziehung von Soldaten zu den Kriegsdiensten und Sicherung der Heimat) liegenden, das sich meistens jede weitere Entschädigung, eine der oben bezeichneten Ob[illegible] gewährt werden. Ich nehme Ihnen im vaterländischen Hilfsdienst entgegen.

7315 **Kriegsamtsstelle Altona.**

Gem. neugefaßte Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Spinnstoffen und die Handhabung des Zwangs und unmittelbarer Lieferung von anderen Kriegsgütern vom 5. Februar 1917 III. M. 1/2 17. KRA. und zur Durchführung derselben Bekanntmachung (Kur- und Kleiderstoffe) wird hiermit veröffentlicht.

Altona, den 6. Februar 1917.

7316 **Erste Generalkommando IX. A.-K.**

Bekanntmachung
betreffend die Ausgabe von Speisemarken.

Der Vorstand der Bekanntmachung betreffend die Ausgabe von Speisemarken, vom 31. Januar 1917, wonach Butter, Butterersatz und Kartoffeln, Zucker oder Süßstoffe usw. nur gegen Hinterlegung einer Speisemarke verabfolgt und entnommen werden dürfen, wird hiermit in Kraft gesetzt, mit dem 12. Februar 1917 in Kraft.

Lübeck, den 6. Februar 1917. 7330

Das Polizeiamt.

Kaninchen
[illegible]

Bilderleisten einrahmungen
Oscar Tausen jr., Geschäftsst. Fischstraße 55. Fernsprecher [illegible]

Bekanntmachung.

Bei anhaltendem Frostwetter können leicht Rohrbrüche in den **Hauptgasleitungen** auf der Straße eintreten, wobei das ausströmende Gas, weil es durch die gefrorene Straßendecke nicht entweichen kann, durch Stielrohr- und Wasserrohrgräben und lockere Bodenschichten in die benachbarten Hausgrundstücke übertritt. Solche Gaseinströmungen sind jedoch mit großen Gefahren für die Bewohner der betreffenden Grundstücke verknüpft und ergeht deshalb hiermit an das Publikum die dringende Aufforderung, von allen in den Häusern wahrnehmbaren Gasgerüchen an zuständiger Stelle sofort Meldungen zu erstatten. Räume in denen Gasgeruch bemerkbar ist, sind zu lüften, dürfen mit Licht nicht betreten werden und sind für den Aufenthalt von Personen ungeeignet.

Meldungen werden in Lübeck im Geschäftshause der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Mengstraße Nr. 26, in Travemünde, Schwartau, Schlutup und Kücknitz auf den dortigen Gasbehälterstellen entgegengenommen.

Lübeck, den 7. Februar 1917.
7314 **Die Betriebsbehörde.**

Bekanntmachung.

Um einem **Einfrieren** der **Wasserleitungen** vorzubeugen, pflegen viele Hausbesitzer und Mieter — den gesetzlichen Vorschriften zuwider — durch Offenstellen der Haupthahne und sonstigen Verschlußeinrichtungen das Leitungswasser ablaufen zu lassen. Dadurch kann die Sicherheit einer unbeschränkten Wasserversorgung ernstlich gefährdet werden. Um die Bewohner der Stadt und der Vorstädte ergeht daher die dringende Aufforderung im öffentlichen wie im eigenen Interesse die oben erwähnten Maßnahmen zu unterlassen. In den Häusern, in welchen eine begründete Befürchtung wegen Einfrierens der Leitung besteht, empfiehlt es sich, den Haupthahn derselben für die Dauer der Kälte abzusperren und die Leitung in allen ihren Teilen zu entleeren.

Lübeck, den 7. Februar 1917.
7319 **Die Betriebsbehörde.**

Deutscher Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Nachruf.

Zu Ehren unserer die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Friedr. Behnke,

Kesselschmiedehelfer,

am 1. Oktober 1915 gefallen ist.

Ehre seinem Andenken!

7329 **Der Vorstand.**

Gesucht eine Stelle als Kontoristin, am liebsten in Buchhandlung.
7328 Angebote unter 11 a. Expedition.

Der neueste Kriegs-Atlas

mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges ist eingetroffen. :: Preis 1.— Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig

hält vorrätig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7311

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Spar. Lübeck.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkriege, mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.

I. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"

Arbeiter-Turnverein Lübeck. 7310

General-Versammlung
am Freitag, dem 9. Februar

Tagesordnung:
1. Berichterstattung am Jugendturnen
2. Unterhaltungsabend
3. Schauturnen der Damen-Abteilung und Verschiedenes.

7310 **Der Vorstand.**

Hansa-Theater. 7317
Täglich abends 7½ Uhr:
Eine lustige Doppel-Ehe.
Musik. Schwank von
Paul Lincke.

Vorträge der Oberschulbehörde zu Lübeck.
Prof. Dr. Steyer:
Einführung in die Entwicklungslehre.
Vier Vorträge (7321
Montag, den 12., 19. und 26. Februar und 5. März 1917
abends 8½ Uhr
in der Aula des Johanneums.
Eintrittskarten sind zu haben im Büro der Oberschulbehörde, bei Richard Quitzow, Lübcke & Nöhring und Ernst Robert sowie an den Vortragsabenden im Johanneum.
Preis für die Vortragsreihe M 1.—.

Stadttheater. 7318
Donnerstag, d. 8. Februar 1917
Anfang 7 Uhr:
Egmont.
Von Goethe.
Musik von Beethoven.
Freitag, den 9. Februar 1917
Anfang 7½ Uhr:
Boccaccio.
Operette von Fr. von Suppé.
Sonnabend, 10. Februar 1917
Anfang 7½ Uhr:
Doppelgastspiel Karl Wagner u. Hilde Knoth vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg:
Lara,
die Geschichte einer Liebe.
Von Karl Wagner.
Sonntag, den 11. Februar:
Nachmittags 3 Uhr:
Jeder Platz 50 Pfg.
Gespenster.
Von Ibsen.
Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend von 8½ b. 9½ Uhr an der Theaterkasse.

Nr. 33
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag,
den 8. Februar 1917

Die Zivildienstpflicht in England.

Von Wilhelm Jansson.

Durch das Kriegsgesetz vom Juni 1915 und die späteren Ergänzungen ist die englische Waffen- und Munitionsindustrie unter die besondere Kontrolle der Regierung gestellt worden. Diese bestimmt selbst, auf welche Betriebe sie ihre Kontrolle ausdehnt. Die in diesen tätigen Arbeiter sind ihrer Freizügigkeit bis zu einem bestimmten Grade beraubt, sie dürfen das Arbeitsverhältnis nur mit Genehmigung des Unternehmers bezw. der staatlichen Behörden auflösen und machen sich im Falle des Zuwiderhandelns strafbar. Die Gewerkschaften sind durch Gesetz und spätere Verfügungen gezwungen worden, wichtige gewerkschaftliche Errungenschaften preiszugeben, wenn diese nämlich der Produktion „hinderlich" sind. Von einer Berücksichtigung der gewerkschaftlichen „Agreements" ist keine Rede mehr; die Staatsbehörde ist anstatt dessen zur Festsetzung der Löhne und Regelung der Arbeitsverhältnisse berufen. Die Arbeiterschutzbestimmungen des deutschen Hilfsdienstgesetzes fehlen den englischen Arbeitern völlig, oder um das anders auszudrücken: Das gewerbliche Kriegsgesetz Englands hat den gewerkschaftlichen Einfluß ausgeschaltet, das deutsche Gesetz dagegen erkennt ihn an und eröffnet ihm die gesetzlichen Möglichkeiten, sich geltend zu machen.

Immerhin weist England einen Vorzug vor dem deutschen Gesetz auf: Er läßt den Arbeitern formell frei, sich unter die Wirkungen des gewerblichen Kriegsgesetzes zu begeben oder nicht zu begeben. Wer in einem anderen Berufe arbeitet, ist nicht gezwungen, in die kontrollierte Kriegsindustrie zu gehen. Entschließt er sich aber dazu, dann kann er ohne die gesetzlich vorgesehene Zustimmung höherer Gewalten nicht wieder heraus. Es ergeht ihm wie dem Teufel im „Faust", der als Pudel über den Drudenfuß an der Schwelle hineinhüpfte und nun nicht wieder hinauskonnte: „Beim ersten ist er frei, beim zweiten ist er Knecht!"

Seit einiger Zeit sind in England nun Bestrebungen im Gange, die Zivildienstpflicht einzuführen, den Zwang also zu stipulieren gerade dort zu arbeiten, wo es die Obrigkeit verlangt. Es ist die gleiche Entwicklung wie bei der militärischen Dienstpflicht zu beobachten. England zog hinaus, um den „preußischen Militarismus" zu beseitigen und es führte die Militarisierung des eigenen Volkes durch. Auch die näheren Begleitumstände sind die gleichen. Die militärische Dienstpflicht sollte angeblich durch die große Rekrutierungskampagne Lord Derbys vermieden werden, die Gewerkschaften und die Arbeiterparteiler betätigten sich sogar mit größtem Eifer an der Rekrutenanwerbung, weil sie glaubten, dadurch dem Rekrutierungszwang entgehen zu können. In Wirklichkeit trat das Gegenteil ein. Die so „erfolgreiche" Werbearbeit der Agenten Lord Derbys lieferte lediglich den Beweis, und sollte ihn nur liefern, daß die Dienstpflicht erforderlich sei. Es verlief alles programmäßig, das heißt nach dem Programm des großen Kitcheners, nicht nach dem der Arbeiterführer.

Jetzt bei der Zivildienstpflicht folgt man dem bewährten Beispiel. An die Stelle Lord Derbys ist Chamberlain getreten, der zum „Direktor des Nationaldienstes" ernannt wurde und zweifellos mit dem gleichen Erfolge nachweisen wird, daß es ohne die Zivildienstpflicht nicht geht.

Wir fühlen gewiß nicht den Beruf in uns, gleich den Philistern, vor die Brust zu schlagen und den ersten Stein auf den armen englischen Bruder zu werfen. Aber wir dürfen doch auf den kleinen Unterschied zwischen uns und dem stolzen Albion hinweisen, der darin besteht, daß John Bull sein Land als den Hort der Freiheit in der Welt preist und es mit Erfolg verstanden hat, anderen Völkern den Glauben an den ausgemachten Schwindel einzurauken. Daß der Arbeitszwang aber schlecht zu dem individuellen Freiheitsbegriff paßt, bedarf keiner näheren Begründung. In Deutschland, wo das kollektivistische Prinzip seit dem grauen Mittelalter im gewerblichen Leben, wie im Dasein des ganzen Volkes eine ganz andere Rolle gespielt hat, und die sozialistische Idee der allgemeinen Arbeitspflicht weiteste Kreise der Arbeitermassen beherrscht, liegt das in der Zivildienstpflicht durchgeführte System dem Volksbewußtsein näher als in England mit seinen manchesterlichen Freiheitsbegriffen. Die Anerkennung des Arbeitszwanges bedeutet daher für England eine vollständige Abkehr von der bisherigen traditionellen Auffassung der Rechte des Individuums und stellt eine Erweiterung der staatlichen Machtbefugnisse dar, die unvereinbar ist mit der althergebrachten persönlichen Vertragsfreiheit.

Das bedeutet aber zugleich die Abdankung des englischen Gewerkvereinswesens, das seinen einst allmächtigen Einfluß im gewerblichen Leben auf die Staatsautorität überträgt. Es ist nämlich kaum zu erwarten, daß die im Munitions of War Act niedergelegten Prinzipien bei der Einführung der Zivildienstpflicht in England beseitigt werden. Das wäre aber notwendig, wollte man nach deutschem Muster die Rechte der Gewerkschaften wahren.

Und für diese völlige Umgestaltung der englischen Arbeiterverhältnisse zuungunsten der Gewerkschaften muß die Arbeiterpartei Englands die volle Verantwortung übernehmen. Denn sie ist offiziell an der Regierung beteiligt, die jetzt die Werbekampagne als Vorstufe zum allgemeinen Arbeitszwang einleitet. In Deutschland standen wir vor der Alternative, ein Gesetz nach dem Wunsche der Unternehmer zu bekommen, oder es durch unsere Mitarbeit den Interessen der Arbeiter nach Möglichkeit anzupassen. Wir haben aus leicht begreiflichen Gründen unsere Wahl getroffen. Die englischen Gewerkschaftsführer und Arbeiterminister müssen aber Mitwirken bei der Schaffung der Voraussetzungen des allgemeinen Arbeitszwanges und der Ausschaltung ihrer die „Produktion behindernden Arbeitsregeln" d. h. der Tarifverträge. Der Unterschied springt in die Augen.

Es liegt gewiß eine nicht ganz kleine Ironie des Schicksals darin, daß die Engländer im Laufe dieses Krieges sich gezwungen glauben, alles nachzumachen, was sie bei dem verhaßten Gegner als fluchwürdig und als besonderen Ausschlag des „preußischen Militarismus" finden. Daß dabei die englischen Arbeiter auf alte verbriefte Rechte verzichten müssen, ist weniger ironisch zu nennen. Wir müssen es vielmehr vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus bedauern, denn unter diesen Rechten waren manche, die uns als Vorbild dienten und die zu erringen wir uns ernstlich bemühten. Das englische Vorbild hört nun auf, ein gutes Vorbild zu sein. Man muß sich vielmehr vor ihm hüten!

Island im Weltkrieg.

Stockholm, 5. Februar. Ueber die gegenwärtigen Zustände auf Island konnte der isländische Schriftsteller Sigurjonssen einem Mitarbeiter des hiesigen „Socialdemokraten" interessante Einzelheiten berichten. Es geht daraus hervor, daß diese alte Sageninsel, die vom Getriebe der übrigen Welt so fern und isoliert liegt, von der schicksalsschweren Zeit auch nicht verschont geblieben ist. Auf die Frage, was Island vom U-Boot-Krieg zu befürchten habe, antwortete der Isländer:

„Fast die ganze Verbindung mit Dänemark wird abgeschnitten. Uebrigens ist sie es bereits. Kaum die Post kann vermittelt werden, wenigstens nicht ohne eine Untersuchung seitens der Engländer. England übt übrigens eine sehr harte Kontrolle über Island aus."

„Na, wie sieht es denn mit den Lebensmitteln aus?"

„Davon hat das Land bisher das Notwendigste selbst produzieren können. Brot verbrauchen wir Isländer nicht besonders viel. Die arme Bevölkerung ißt oft statt Brot getrocknete Fische mit reichlich Butter dazu. Ein Mangel an Feuerung ist auch nicht vorhanden. Zucker gibt es dagegen nicht."

Dann glitt das Gespräch auf die Verteidigungsfrage über. Island hat natürlich kein Militärwesen. Statt dessen ist ein Gesetzesvorschlag vorgelegt worden, wonach die Bevölkerung während einer gewissen Zeit einen sogenannten Kulturdienst um Nutzen der inneren Entwicklung des Landes zu verrichten hätte. Große Teile der Insel liegen noch unbebaut. Zur Hebung des Landes beabsichtigt man obligatorischen Unterricht in den betreffenden Fächern einzuführen. Dieser Unterricht soll in militärischer Weise geregelt werden. Bekanntlich gehört die Landwirtschaft zu den Hauptnahrungszweigen Islands.

Von einem andern Hauptverbandszweige der Insel, der Fischerei, betonte Sigurjonssen, daß sie seit einiger Zeit einen ungeheuren Aufschwung erfahren hat. Die Folge war, daß Island nunmehr mit einer entsprechenden Klasse von Kapitalisten zu rechnen hat. Eine Anzahl größerer Trawler haben nämlich die ganze Fischerei an sich gerissen und beschäftigen eine größere Menge Tagelöhner. Da diese arg ausgebeutet werden, sehen diese Arbeiter sich genötigt, sich zusammenzuschließen. Ihre Stellung wurde dadurch gesichert und seit einem Jahre sind sie sogar im Besitze eines eigenen Presseorgans.

Kleinigkeiten von großer Bedeutung.

Von Th. Thomas, Frankfurt a. M.

Die nächsten Monate werden uns auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung große Schwierigkeiten bringen, darüber sind sich alle klar, die mit den Dingen zu tun haben. Es hat keinen Zweck, sich etwa in jammernden Klagen zu ergehen, weit richtiger ist es, wenn alle und alles zusammenhilft, die größten Unannehmlichkeiten zu beseitigen. Im nachstehenden sollen einige vielleicht kleinlich anmutende Vorschläge gemacht werden, die, wenn sie organisatorisch erweitert werden, sicher großen Massen gewisse Erleichterungen bringen müßten.

Eine der wichtigsten Fragen wird die nächsten Monate sein, unser Blattgemüse zu ersetzen, denn Weiß- und Rotkraut werden bald vom Markte verschwunden sein. Die Frühgemüse sind aber als Volksnahrungsmittel erstens ihres Preises und zweitens ihrer Menge nach kaum in Betracht zu ziehen. Hier ist die Sammlung der über hundert Kräuterarten in Wald und Feld, die schon früh zu finden sind, dringend zu raten. Wir haben voriges Jahr in Frankfurt a. M. derartige Versuche gemacht und ausgezeichnete Erfolge gehabt. Schüler und Schülerinnen einer Volksschule suchten diese Kräuter, die ein wohlschmeckendes Gericht ergaben, daß alle Gäste voll des Lobes waren. Eine einzige Klasse stellte den Kriegsküchen davon acht Zentner täglich zur Verfügung, ein vorzüglicher Ersatz für Spinat. Wenn dieses Verfahren im ganzen Lande organisiert wird, dann können wir in der kritischsten Zeit, im März, April und Mai einen wertvollen Ersatz mühelos erhalten, können den Massenspeisungen und den Märkten Hunderttausende von Zentnern zur Verfügung stellen. Ueberdies können die Schulen der ländlichen Gemeinden dadurch ein lohnendes Geschäft betreiben und zugleich der Naturlehre dabei dienen. Diese Kräuter sind gerade dieses Jahr so wichtig, weil sie sich zur Streckung der Kartoffeln eignen. Hier kann also schnell und vor allen Dingen gründlich nachgeholfen werden.

Zweitens wäre es wichtig, daß die Verteilung der Trockengemüse und der wohl alsbald auf den Markt kommenden Konserven nicht einfach nach dem Schema F erfolge, sondern daß man diejenigen zunächst berücksichtigt, die ihren Kartoffelanteil nicht erhalten haben, wie es sich überhaupt verlohnen würde, eine Aufnahme aller Lebensmittel und Nachkontrolle durch Revisionsbeamte vorzunehmen. Dabei muß alles der Beschlagnahme verfallen, was über die nächsten drei Monate hinaus an Waren in den Haushaltungen und den Hotels usw. aufgestapelt ist. Geschieht das im März und läßt man den Leuten gewisse Mengen bis zum Juni, dann kann das andere der Allgemeinheit zugeführt werden, und es wird nicht wenig sein.

Wo es eben angeht, soll der Anbau von Frühgemüse wie überhaupt von Gemüsen aller Art gefordert werden. Und wenn es sich auch im Einzelfalle nur um kleine Mengen handelt, so ist eben doch ein Haushalt weniger vom Markte abhängig, und entlastet ihn und diesen.

Von der allergrößten Wichtigkeit halte ich die Einsetzung von Bodenprüfungskommissionen, die die Bebauung und Ausnutzung der Bodenfläche in den Gemeinden überwacht. Unter Zugrundelegung der von einer Gemeinde zu fordernden Beteiligung an der Versorgung eines bestimmten Gebiets muß verlangt werden, daß zunächst dieser Notwendigkeit Rechnung getragen wird. In erster Linie also kommt die Gesamtversorgung in Betracht, erst dann Einzelwünsche. Heute ist der Ackerbau ein Stück öffentlichen Dienstes, die Bedürfnisse des Volkes haben allein zu entscheiden. So wie man die Arbeiter unter

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

87. Fortsetzung.

„Ach, daß ihr ihnen erzählt habt! Und neben ihr?" rief erschrocken Sonja, „neben mir sollte sie sitzen! Eine Ehre wäre dies! Ich bin doch nur eine —Ehrlose, — o, daß Ihr das gesagt habt!"

„Ich habe es nicht dir zur Unehre oder um es als Fehler anzurechnen, gesagt, sondern nur dieses großen Leides halber. Du bist eine erhabene Sünderin, so ist es wohl", fuhr er fort, fast wie verzückt, — wodurch du vor allem Sünderin bist, daß du dich vergeblich getötet und weggeworfen hast. Wäre das nicht entsetzlich! Wäre es noch nicht furchtbar, daß du in diesem Schmutz hier lebst, den du hassest, obwohl du recht gut weißt, — es gilt ja nur die Augen zu öffnen — daß du damit niemand helfen, und niemand vor seinem Schicksal retten kannst? Sage mir nur noch", fuhr er fast außer sich fort, „wie sich diese Umgebung, dieses Elend in dir mit jenen anderen entgegengesetzten Empfindungen und edlen Gefühlen zu vereinigen vermögen? Da müßte es doch richtiger und verständiger erscheinen, wenn man, mit dem Kopf voran ins Wasser, dem allen sofort ein Ende machte?"

„Und was würde dann aus jenen?" fragte Sonja matt, ihn schmerzlich anblickend, aber ohne zugleich über diesen Vorschlag auch nur die geringste Verwunderung zu verraten.

Raskolnikow schaute sie seltsam an. Er las alles in ihrem Auge; sie mochte vielleicht schon diesen Gedanken selbst längst hegen. Vielleicht hatte sie ihn schon oft und ernst in der Verzweiflung überdacht, wie man mit einem Schlag ein Ende macht, so ernst, daß seine Aufforderung sie jetzt nicht mehr zu erregen vermochte. Auch die Härte seiner Worte empfand sie nicht — die Bedeutung seines Lächelns und besonders seines Blickes auf ihre Umgebung bemerkte sie gar nicht, dies ward ihm selbst klar — aber das erfaßte er: mit welchem ungeheuren Maß von Schmerz schon seit geraumer Zeit sie der Gedanke an ihre Ehrlosigkeit und ihre Stellung zermartert hatte. Was, was in aller Welt hatte in ihr den Entschluß, allem schnell ein Ende zu machen, hemmen können? Jetzt erst begriff er völlig, was für sie jene armen kleinen Waisen bedeuteten, und die bemitleidenswerte, halbirre Katharina Iwanowna, mit ihrer Krankheit und ihrer Sucht, sich den Kopf an der Wand einzustoßen. Nichtsdestoweniger aber war ihm klar, daß Sonja mit ihrem Charakter und ihrer Bildung wie sie sie doch besaß, in keinem Falle in diesen Verhältnissen verbleiben konnte. Es erstand in ihm die Frage: Wie vermochte sie in solcher Umgebung zu leben, ohne den Verstand zu verlieren, wenn sie den Mut nicht besaß, sich ins Wasser zu stürzen? Allerdings, er wußte, daß Sonjas Lage eine häufige Erscheinung in der Gesellschaft darstellte und zum Unglück nicht eine einzige und ausschließliche. Doch eben dieser Umstand und ihre Bildung, ihr ganzes früheres Leben, hätten wohl mit einem Schlag beim ersten Schritt auf dieser Bahn des Lasters sie töten müssen. Weshalb also ertrug sie dies alles? Lag sie? Ihre ganze Umgebung berührte sie augenscheinlich nur äußerlich; ihr ausschweifendes Leben war noch mit keinem Tropfen in ihr Herz eingedrungen; er sah dies; sie stand in klarstem Licht vor seinem Innern.

„Drei Wege bleiben ihr", dachte er, „entweder wirft sie sich in den Kanal, kommt ins Irrenhaus, oder — oder ergibt sich weiterem Laster, vergiftet ihr Gemüt und verhärtet ihr Herz."

Der letzte Gedanke war ihm der abscheuerweckendste, aber er war bereits Skeptiker, er war jung, zurückhaltend und vielleicht hart, aber deshalb vermochte er nicht umhin zu glauben, daß der letzte Weg, die völlige Ausschweifung, der wahrscheinlichste werden würde.

„Aber sollte es wahr sein," rief es in ihm „sollte dieses Geschöpf, welches noch die Reinheit seiner Seele bewahrt hat, sich mit Bewußtsein endlich in dieser ekelhaften, widerwärtigen Lastergrube einbürgern? Sollte diese Eingewöhnung schon begonnen haben und sie nur deshalb bis jetzt es geduldet haben, weil das Laster ihr nicht mehr so abstoßend erschienen ist? Nein, nein, das ist nicht möglich!" rief er, wie vorhin Sonja gerufen hatte.

„Nein, vom Kanal hat sie bisher nur der Gedanke an die Sünde zurückgehalten, und an sie, an jene! Wenn sie bisher noch nicht den Verstand verlor — aber wer sagt überhaupt, daß sie nicht vielleicht schon den Verstand verloren hat? Wird sie denn bei gesunden Sinnen sein? Kann dies jemand sagen außer ihr? Kann denn ein Mensch bei gesundem Verstande so urteilen wie sie? So vor dem eigenen Verderben stehen, gerade in dem scheußlichen Abgrund, in welchen sie sich hineingezogen fühlt, sehen und mit den Händen winken, sich die Ohren zustopfen, wenn man ihm von Gefahren spricht? Was will sie? Erwartet sie ein Wunder? Gewiß ist es so. Aber wäre das nicht ein Zeichen des Irrsinns?

Er hatte sich tief in diesen Ideengang versenkt; dieser letztere Weg gefiel ihm sogar mehr, als die anderen beiden. Er heftete jetzt den Blick starr auf sie.

„Du betest wohl oft zu Gott, Sonja?" fragte er.

Sonja schwieg; er stand neben ihr und wartete auf ihre Antwort.

„Was wäre ich ohne Gott?" flüsterte sie schnell aber energisch, indem sie ihn flüchtig mit glänzendem Blicke ansah und mit ihrer Hand die seine drückte.

„Es ist schon so", dachte Raskolnikow.

„Aber was hat dir denn Gott bisher dafür getan? fragte er, sich gleichsam an ihr ansaugend.

Sonja schwieg lange, als könnte sie nicht antworten; ihre zarte Brust keuchte vor Erregung.

„Schweigt, fragt nicht! Ihr seid nicht wert!" rief sie plötzlich, streng und zürnend auf ihn blickend.

„Es ist schon so", dachte jener wiederum bei sich.

„Er vermag alles!" flüsterte Sonja schnell, wieder ihren Kopf senkend.

„Da ist der Ausgang, dies ist die Erklärung für das Ende", entschied er bei sich, sie mit gieriger Spannung anschauend.

Mit einem neuen, seltsamen, fast fieberhaften Gefühl betrachtete er das bleiche, schlichte und unregelmäßige Gesichtchen, diese sanften, großen Augen, wie sie mächtig flammten in jener Glut, jener nüchternen, energischen Empfindung; den schmächtigen Körper, der noch bebte in Zorn und Entrüstung, und immer seltsamer und seltsamer, fast unmöglich erschien es ihm. „Sie ist närrisch, sie ist närrisch", drängte es sich in ihm auf.

Auf der Kommode lag ein Buch. Er hatte es schon, als er im Gemach auf- und abging, immer wieder bemerkt. Es war das Neue Testament in russischer Uebersetzung. Das Buch war alt, abgegriffen, in Lederband.

„Woher ist dieses Buch?" fragte er über die Stube hin. Sie stand noch immer auf dem alten Platz, drei Schritt vom Tische entfernt.

„Man hat es mir gebracht", antwortete sie, wie es schien voll Unwillen, und ohne ihn anzublicken.

„Wer hat das gebracht?"

„Lisabetha; ich habe sie darum gebeten."

„Lisabetha! Seltsam!" dachte er. Alles bei dieser Sonja wurde ihm mehr und mehr seltsam und wunderbar, mit jeder Minute. Er nahm das Buch mit an das Licht und blätterte darin.

„Wo steht hier die Geschichte von Lazarus?" fragte er plötzlich.

Sonja schaute zur Erde und schwieg; sie stand etwas seitwärts vom Tische entfernt.

„Wo steht die Auferstehung des Lazarus? Suche sie mir, Sonja."

Er blickte seitwärts auf sie.

„Nicht hier — im vierten Evangelium" — flüsterte sie ernst und ohne zu ihm hinzutreten.

(Fortsetzung folgt.)

das Zivildienstgesetz stellt, so kann man auch vom Landmann verlangen, daß er seinen Boden so und so einzuteilen hat.

Diese Kommissionen hätten weiter als Ueberwachungskomitee dafür Sorge zu tragen, daß die Ernte in vollem Umfange den Verbraucherbezirken zukommt, sie hätten die Aufbewahrung und den Transport gemeinsam mit den Landwirten zu organisieren usw. Wenn dies von den Einzelstädten in die Hand genommen wird, und diesen Kommissionen bestimmte Rechte eingeräumt werden, dann müssen unübersehbare Vorteile dabei herauskommen.

Ein weiterer wichtiger Schritt wird die Einführung des Einheitsgerichtes für alle öffentlichen Wirtschaften, Hotels usw. sein. Nicht, daß nun an einem Tage überall das gleiche abgegeben werden soll, sondern daß nur ein Gericht täglich zur Verfügung gestellt wird, daß weiter auch an bestimmten Tagen auch in diesen Betrieben keine Kartoffeln verwendet werden dürfen. Deshalb muß sofort eine Aufnahme der Kartoffelbestände erfolgen und danach die weitere Zuteilung eingerichtet werden. Viele dieser Betriebe haben Kartoffeln gehamstert, ihnen ist eine Kartoffelnot fremd, derweilen wir anderen eine wertvolle Frucht nur noch in Viertelrationen bekommen. Hier muß aber sofort eingegriffen werden. Schließlich muß dringend gefordert werden, daß keine Lebensmittel mehr ohne Karten abgegeben werden, aber auch keine. Alles, was heute noch an teurem Obst, Wild, Geflügel, Fischen, Torten, Kuchen usw. hinausgeht, ohne daß dafür eine Anrechnung stattfindet, ist eine Schädigung der andern. Hier muß schleunigst zugegriffen werden, durch die Einführung einer sogenannten Zusatzkarte, die nach Zahlen ausdrückt, was davon entwertet wird. In den Geschäften werden dann entsprechende Tafeln aufgehängt, wieviel von diesem oder jenem Artikel entwertet wird. Wer ein solches Zusatzbüchlein haben will, bekommt auf seinen Lebensmittelausweis einen Vermerk, und dafür einen entsprechend geringeren Anteil an anderen Dingen, deren Auswahl dem einzelnen überlassen ist. Er kann also im März auf Butter, im April auf einen Teil Fleisch, im Mai auf Hülsenfrüchte verzichten, um dafür andere Gemüse einzutauschen. Nur angerechnet werden muß es. Wer heute noch für sein Geld Lebensmittel kaufen kann, die nicht angerechnet werden, schädigt die Gesamtheit, weil wir eben nur eine bestimmte Menge davon haben.

Alle erdenklichen Vorkehrungen sind zu treffen, damit der Anbau von Frühkartoffeln gefördert und vor aller Dingen auch sachkundig überwacht wird. Voriges Jahr ist zuviel experimentiert worden. Das darf in diesem Frühjahr unter keinen Umständen geschehen. Wer Frühkartoffeln legen will, sollte die Genehmigung der Behörden bekommen, die ihn aber auch dann, wenn keine Sachkenntnis festgestellt ist, in jeder Weise zu unterstützen haben. Dadurch wird manches Quantum Kartoffeln gerettet werden können, und der Frühkartoffelbau gefördert werden. Das sind so einige, wie ich gern zugebe, vielleicht kleinliche Vorschläge, sie werden aber von Bedeutung, wenn man sie in einen organisatorischen Rahmen spannt und möglichst schnell durchführt, was durchgeführt werden kann und muß. Jetzt heißt es keinen Moment mehr gewartet, sondern alles mit zusammenbeißen, die Not der Zeit zu lindern. Besonders der Zeit, der wir in den nächsten Monaten entgegengehen.

Wirtschaftliches.

Ein Ernährungsamt der thüringischen Bundesstaaten wurde mit dem Sitz in Weimar gegründet. Es besteht aus einem Ausschuß der acht Staaten, in dem unter dem Vorsitz von Sachsen-Weimar jeder der beteiligten Staaten eine Stimme führt und einem Vorstand. In dem Ernährungsamt werden zugleich die bisherigen kriegswirtschaftlichen Organisationen zusammengefaßt, die zum Teil gegenüber die Stellung von Abteilungen erhalten. Es sind dies der Viehhandelsverband Thüringen, die thüringische Landesfettstelle, das thüringische Landesfutternittelamt und die neugeschaffene Landeseierstelle.

•

Die Zuckerpreisforderungen haben der Reichsbehörde nicht hart, wenn sie auch noch so energisch und nachdrücklich vorgetragen werden. Ginge es nach den Erzeugern, so müßten die jetzt mit 1,50 Mk., künftig mit 2 Mk. bezahlten Zuckerrüben 3 Mk. kosten, und der Rohzuckerpreis müsse von bisher 15 Mk. nicht auf 18, sondern auf 26 Mk. hinaufgesetzt. Da ist es denn kennzeichnend zu erfahren, daß die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien sich auch erneuten Drängen gegenüber zu dieser Preisforderung nicht bekennen kann, sondern noch mit von einem Rübenpreis von 2,50 Mk. und einen Rohzuckerpreis von 22,75 Mk. einverstanden. Da nun die Landwirtschaftskammern durchaus nicht über den Parteien stehen, so dürfte das Kriegsernährungsamt mit seinen neuen Preisfestsetzungen durchaus das Richtige getroffen und allen Grund zu nachdrücklichem Widerstand gegen weitere Forderungen haben.

•

Auslandsware.

Das Kapitel der Auslandsware ist recht fatal. Besonders im Westen spielt sie noch immer eine beträchtliche Rolle. Obwohl es gar nichts mehr vom Auslande hereinkommt, wird doch noch viel Auslandsware gehandelt. Während die rationierten Mengen an Butter, Eiern und Speck dahin gering sind, sind viele Dinge als Auslandsware immer noch zu haben. Natürlich zu den zweifachen Preisen, Butter zu 8—10 Mk., Speck ebenso, das Ei zu 16 Pfg. Der berechtigten Vermutung, daß hier viel Auslandsware für Auslandsware vermittelt, hat auch der landwirtschaftliche Minister von Wolfram in Münster nach der dortigen Regierungspräsidentenkonferenz gegeben. Er sagte, daß im Münsterlande Händler umherzögen und zu zweihundert Pfund Butter aufkauften, die dann offenbar als Auslandsbutter in den Großstädten angeboten würde. Der Redner richtete die Mahnung an die Bevölkerung, sich von solchem Verkehr fernzuhalten, da das Verlangen von Fett und fettreichen Produkten immer Ware ins Land locke. Zur Entdeckung der angeführten Schwarzhändler appelliere er an die Landräte in den Landkreisen des Regierungsbezirks Münster und jeden Kreis dieser Bezirke, die Bezirksstellen abgesondert haben, vom 1. November ab einen Kreis. Der Unterschied in der Versorgung mit Fett ist ungeheuer. Während die Kreise im November 2198 Kilo Butter, Kreise ein anderes mal 1874 Kilo. Ähnlich mit der Sahne. Es muß dem Fleischwucher durch Kontrollmaßnahmen vorgebeugt werden, geht daraus hervor, daß die Polizei in Rüdinghausen bei einem Metzger täglich 30 ausgeschlachtete Kälber beschlagnahmte, die auf heimlichen Wegen herbeigeschafft waren. Das Verlangen des vorigen Ministers haben andere Gebiete gleichen Zwecks begangen. Diese Zustände haben natürlich große Verbitterung und Verschärfung im Gefolge. Hier muß mit aller Entschiedenheit eingegriffen werden, und es muß dahin kommen, daß die Auslandsware erst aus den Kriegsjahren erzeugt werden und bis zur Abgabe an die Verbraucher unter der Kontrolle dieser Stellen bleiben.

•

Wucherei auf dem amerikanischen Lebensmittelmarkt.

Über die Teuerung in Amerika und die auf dem dortigen Lebensmittelmarkt herrschenden Wucherpreise gibt ein Mitarbeiter des Berliner „Tag" einige Einzelheiten. Danach muß es für eine amerikanische Familie mit mittlerem Einkommen immer schwieriger, das tägliche Brot zu erhalten. Alles klettert in Preise, nicht nur das Brot, auch Butter und Eier, Gemüse, Kartoffeln und Kartoffeln sind um das Mehrfache teurer geworden. Selbst in Deutschland scheint die Lebensmittelteuerung nicht größer zu sein als in Amerika. Man muß dort jetzt mehr für Brot bezahlen, als selbst in England, das doch das Getreide mit großen Frachtenzuschlägen aus Amerika einführen muß.

In einer Rede wies kürzlich Präsident Wilson auf die Wurzel dieses Übels hin: man wolle versuchen Zwischenhände auszuschalten. Hiermit meinte der Präsident die großen Parzellenhändler, Großschlächter und Mühlenbesitzer, die durch ihre Riesenkapitalien fast die ganze Produktion des Landes beherrschen. Wo der europäische Kaufmann Tausende als Verdienst rechnet, will der amerikanische Weizen-Spekulant und Mehlbaron gleich Millionen verdienen. Nicht anders machen es die Großschlächter. Die enormen Preise, die der Amerikaner für Fleisch zahlen muß, fließen nicht in die Taschen der Farmer, sondern in die des Fleischtrusts Swift u. Co. in Chicago. Zahlten kürzlich schon neben der gewöhnlichen Dividende noch 100 Proz. extra an ihre Aktionäre. Zu gleicher Zeit schüttete die Firma Armour 4 Millionen Dollar als Reingewinn aus.

Die Kapitalisten scheuen keine Mittel, um die Preise in die Höhe zu schrauben. Sie ließen große Mengen Äpfel und Kartoffeln verderben, machten sogar einen Versuch, ganze Waggonladungen Spargel in die Bucht von San Franzisko zu werfen, um die überbleibenden Bestände zu noch höheren Preisen absetzen zu können. Ungeheure Vorräte werden zurückgehalten. In Chikago wurden die Bücher der zwei größten Fleischfirmen von den Behörden beschlagnahmt.

Das genannte Blatt hält es für wahrscheinlich, daß die amerikanische Regierung genötigt sein wird, die Verteilung der wichtigsten Lebensmittel selber in die Hand zu nehmen, um der gewissenlosen Ausbeutung ein Ende zu bereiten.

•

Herabsetzung des Gaskonsums in der Schweiz.

In verschiedenen größeren Städten der Schweiz u. a. Basel und Genf ist mit dem 1. Februar eine Rationierung des Gasverbrauchs eingeführt worden. Die Einschränkung muß 20 bis 30 Proz. des Normalverbrauchs betragen. Für die ersten 20 Kubikmeter des Mehrverbrauchs ist das Doppelte, für die zweiten 20 Kubikmeter das Dreifache und für jeden weiteren Kubikmeter das Vierfache des normalen Preises zu bezahlen.

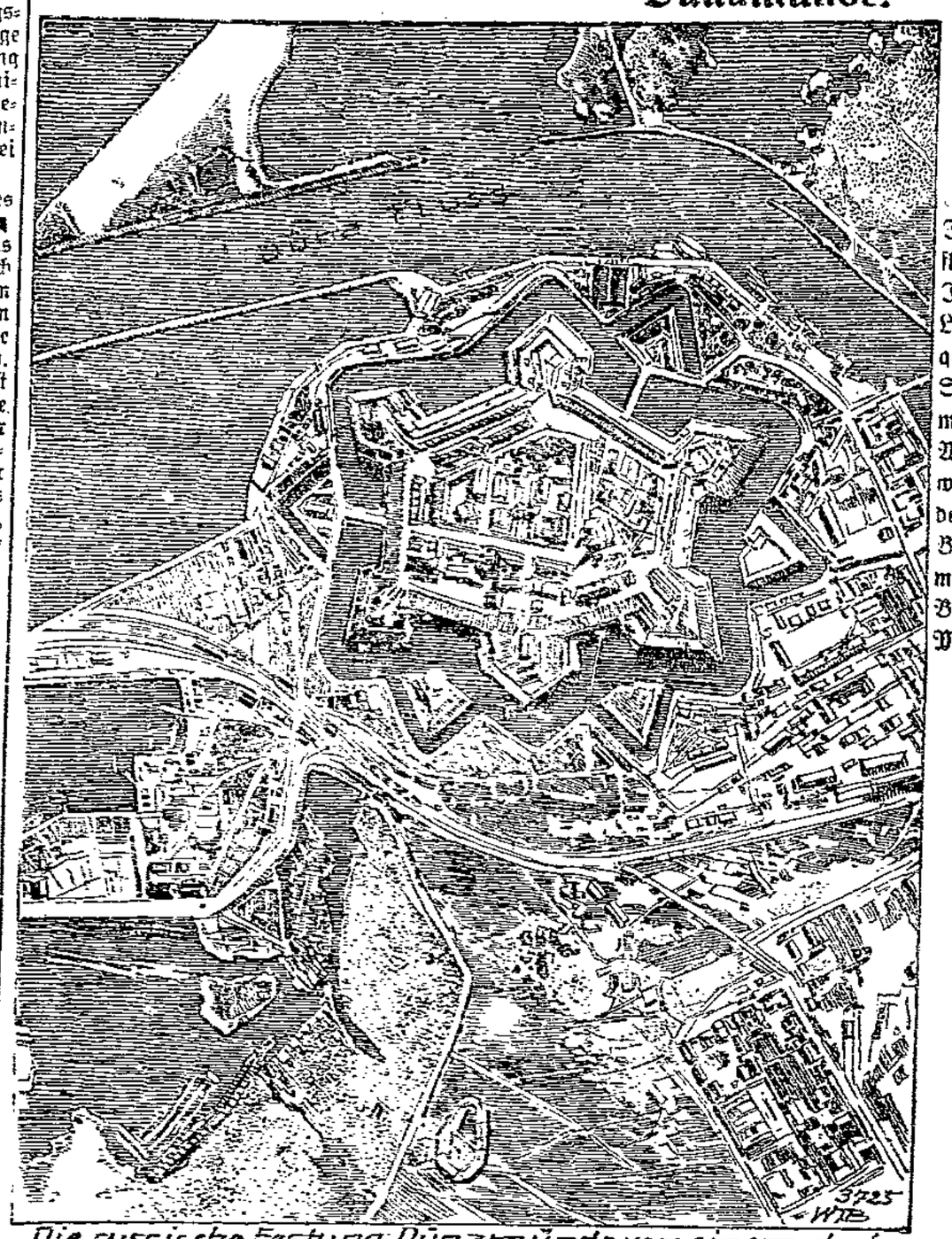
Aus der Partei.

Eine internationale sozialistische Kommission. Der im Haag erscheinende „Sozialistische Belge" erfährt von zuständiger Seite, daß der Exekutivausschuß der internationalen sozialistischen Organisation den Vorschlag der französischen Sozialisten angenommen hat, der die Einsetzung einer internationalen Kommission anregt, der Vertreter aller Kriegführenden angehören sollen. Der Vorschlag hierzu ist von dem Exekutivausschuß der Internationale ausgegangen und bezweckt die Vermeidung der nützlichen Uebel des Krieges". Die russischen Sozialisten hatten zwei Zusatzanträge gestellt, nach denen der Exekutivausschuß als Kommission gegen Mißbräuche tagieren oder eine neue Kommission gebildet werden sollte, in der die französische sozialistische Partei durch Holländer vertreten sollte. Der Ausschuß hat beide Anträge angenommen, da es nicht auf die Person des Vertreters ankomme, sondern auf die Tatsache, daß die betreffende Partei vertreten sei. Die Kommission könnte somit als in Tätigkeit getreten betrachtet werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Zwei jugendliche Mörder vor Gericht. Der Mord an der Altsitzerin Henne Blumberg in Eberswalde hat vor dem Schwurgericht in Brandenburg seine Sühne gefunden. Der jetzige Kaufmann Theodor Lange aus Berlin und der jetzige Kellner Heinrich Hartwig, die die Altsitzerin ermordeten und beraubten, sind wegen der von ihnen gemeinschaftlich ausgeführten Tat zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden. Lange wurde zu 15 Jahren Zuchthaus und 15 Jahren Ehrverlust, Hartwig zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Dünamünde.



Die russische Festung Dünamünde von einem deutschen Flieger aufgenommen.

Unser Bild zeigt eine Wiedergabe einer deutschen Fliegeraufnahme der russischen Festung Dünamünde am Ausfluß des Dünaflusses in den Rigaischen Meerbusen. Die Festung hat eine hervorragend strategische Lage und ist rundherum vom Wasser umgeben, nur an der Westseite durch eine breite Sanddüne vom Meerbusen getrennt. Dünamünde ist sternförmig angelegt, die inneren Werke sind von breiten Kanälen umgeben, während im Osten und Süden die Düna und der Boldaraflüß die Festung einschließt. Eine Bahnverbindung führt von Riga nach Dünamünde. Der Ort hat 500 Einwohner, außer Bahnstation einen Leuchtturm und einen fünf Meter tiefen Winterhafen.

Aus Nah und Fern.

An schwarzen Pocken erkrankt. Montag mittag wurde bei dem 64jährigen Kaufmann Christian Pieper in der Beusselstraße in Berlin Erkrankung an schwarzen Pocken festgestellt. Der Kranke sowie dessen Ehefrau wurden nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht. Alle Vorsichtsmaßregeln, die Desinfektion der Wohnung usw., sind sofort getroffen worden, sodaß ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliegt.

Zur Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln sind in ganz Sachsen von gestern ab die Theater und Lichtspielhäuser sowie mit Ausnahme der von der Militärverwaltung belegten Säle sämtliche Säle und Räume, in denen Versammlungen, Vorträge, musikalische Darbietungen und sonstige Veranstaltungen stattfinden, im ganzen Lande bis auf weiteres geschlossen. Die Wirtschaften müssen abends 10 Uhr schließen.

Nur für reiche Leute! Zu welchen Geschmacklosigkeiten sich selbst eine sogenannte „erstklassige Firma" in dieser bitterernsten Zeit verleiten kann, beweist folgendes Inserat, das wir in der „B. Z. am Mittag" vom 2. Februar 1917 finden:

Nur für reiche Leute!
Der bei der Firma C. G. Klette jr. in Dresden mit 30 000 Mark versichert gewesene vornehme
Zobelpelz mit Kamtschatka-Biberkragen
des verstorbenen Wirkl. Geheimen Rat Dr. Linaner Exzellenz soll von der Nachlaßverwaltung für 15 000 Mark verkauft werden. — Zu besichtigen unter Konservierungs-Nummer 91 029 bei
C. A. Herpich Söhne, Berlin, Leipziger Str. 9—11.

Warum nicht gleich: Nur für fettgewordene Kriegslieferanten! Oder: Nur für Existenzen à la Kupfer! — Solchen Leuten muß es doch eine besondere Wonne sein, ihr aus Hamstervorräten gemästetes Bäuchlein mit einem Wirklichen Herrn Geheimrat.... Verzeihung mit dem Pelz eines Wirklichen Herrn Geheimrats, der obendrein das Prädikat Exzellenz führt (der Geheimrat, nicht der Pelz!) zu umhüllen. Daß diese „Standeserhöhung" — Kleider machen ja bekanntlich Leute, und wer den Pelz einer Exzellenz trägt, ist schon selber halb und halb Exzellenz — den Pappenstiel von 15 000 Mark kostet, spielt bei „Kupfer"-Gewinnen weiter keine Rolle.

„Prangertafeln" am Wiener Rathaus. Aus Wien wird gemeldet: Unter großem Aufsehen wurden an den Eingängen des neuen Rathauses die ersten Prangertafeln mit den Namen von Nahrungsmittelwucherern zu beiden Seiten der Vorhalle angeschlagen. Auch in jenen Bezirksrathäusern, wo einzelne der in den Listen vorkommenden Fälle abgeurteilt wurden, ist die Anbringung der Prangertafeln erfolgt.

Schweres Straßenbahn-Unglück. Aus Wien wird telegraphiert: Mittwoch früh ereignete sich an der Ecke Margaretengürtel und Steinbauergasse ein schwerer Unfall. Ein Straßenbahnzug der Linie 118 fuhr angeblich infolge Versagens der Bremse in voller Geschwindigkeit einem Zug der Linie 61 in die Flanke, so daß der Triebwagen der Linie 118 mitten entzweigerissen wurde. Auch der Triebwagen des angefahrenen Zuges ist arg beschädigt. Eine ungefähr 35jährige Frau wurde getötet, 38 Personen wurden verletzt, darunter drei schwer und ungefähr 20 erheblich.

3 Frauen erfroren. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind in ihren Wohnungen in Rotterdam drei Frauen erfroren. Das ist die Folge des großen Kohlenmangels in Holland.

Der zugefrorene Bodensee. Wie aus Konstanz gemeldet wird, hat außer dem Untersee nunmehr auch Teile des Obersees angefroren, so das Ufer zwischen Friedrichshafen und Langenargen.

Von der Shakleton-Expedition. Aus Neuseeland wird berichtet, daß sieben der zehn Mitglieder der Roß-Seeabteilung der Shakleton-Expedition, die seit dem 16. März 1915 von ihrem Schiff durch Eis getrennt waren, gerettet worden sind.

Große Explosion in den Petroleum-Reservoirs von Yokohama. Laut „Züricher Tages-Anzeiger" wird den Lyoner Zeitungen aus Tokio berichtet: In den großen Petroleum-Reservoirs von Yokohama ereignete sich eine schwere Explosion. Es gab über 100 Opfer. Der Schaden ist sehr groß.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.